

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/6475 auf. Wer diesem seine Zustimmung möchte, möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe schließlich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6476 auf. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Ziffer IV dieses Entschließungsantrags zu streichen, abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6476 in der Fassung des soeben angenommenen Änderungsantrags. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Gelächter und demonstrativer Beifall bei der SPD)

(B)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU] meldet sich zu Wort.)

Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Fassung des soeben angenommenen Änderungsantrags angenommen.

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Abstimmung lege ich für die CDU-Fraktion Wert auf die Feststellung, daß die Passage IV für uns

wichtig war. Das war auch der Unterschied, der zur SPD herausgearbeitet worden war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Es hat unsererseits den Versuch einer Gemeinsamkeit gegeben, die von Herrn Farthmann zurückgewiesen worden ist.

(Lachen bei der SPD)

Den durch die SPD verstümmelten Antrag konnten wir deshalb nicht mittragen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Damit ist auch die sogenannte Stahlrunde abgeschlossen. Ich schließe diesen Einzelplan.

Ich rufe auf Nummer 2:

Einzelplan 05: Kultusministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6405 und den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6449.

(D)

Wir behandeln erst den Teil

a) Schule und Weiterbildung.

Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist auch in diesem Jahr die Beratung des Haushalts des Kultusministeriums wieder nur dazu angetan, den Menschen in unserem Land zu sagen, daß ihre Sorgen um die Zukunft unserer Kinder und um die Zukunft unseres Landes mehr als berechtigt sind.

(Philipp [CDU])

(A)

Wer wie dieser Ministerpräsident weiß, daß nun schon im zweiten Jahr im allgemeinbildenden Bereich 40 000 Kinder mehr die Schulen besuchen, also in den letzten beiden Jahren fast 80 000 Kinder mehr, und wer es zuläßt, daß trotz dieses Anstiegs kein einziger Lehrer mehr eingestellt wurde, sondern, im Gegenteil, nicht einmal alle ausscheidenden Lehrer ersetzt wurden, wer das wie unser Ministerpräsident zuläßt, geht nach unserer Ansicht mit der Zukunft unseres Landes und erst recht mit der Zukunft unserer Kinder nicht verantwortungsvoll um.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle wissen, daß die Kinder heute mehr Zuwendung denn je brauchen. Wir beklagen die Zustände an den Schulen, Gewalt gegen Sachen und Personen. Wir beklagen den hohen Fernsehkonsum unserer Kinder. Wir machen uns Sorgen um überforderte und auch um unterforderte Kinder, die Aggressionen irgendwo abbauen müssen. Wir suchen nach Betreuungsmöglichkeiten und Freizeitangeboten und werden von Firmen auf die immer größer werdende Zahl von bei Einstellungstests scheiternden Schulabgängern sorgenvoll aufmerksam gemacht

(Minister Schwier: Das könnte auch an den Tests liegen!)

(B)

- das könnte auch an den Tests liegen, darüber können wir ja noch reden -, weil sie im Lesen, Schreiben, Rechnen nicht einmal mehr den Grundanforderungen entsprechen. Ich kenne auch, Herr Minister, die Kritik an diesen Tests. Ich teile sie überhaupt nicht, weil sie sich immer auf ganz wenige, einzelne Minipunkte bezieht. Das große Scheitern mehr als der Hälfte unserer Kinder muß uns Sorgen machen. Da kommt es mir auf einzelne Fragen in solchen Tests überhaupt nicht an.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet doch, meine Damen und Herren, daß in den Schulen unseres Landes eben etwas nicht stimmt. Was nutzt denn dann eigentlich die Erziehung zu Mündigkeit und Kritikfähigkeit, wie der Ministerpräsident sie auf dem Landesparteitag der SPD als positive Ergebnisse sozialdemokratischer Bildungspolitik feierte, wenn diese Kinder erst gar keinen

(C)

Ausbildungsplatz mehr finden, um Mündigkeit und Kritikfähigkeit überhaupt unter Beweis stellen zu können?

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt: Wir alle brauchen für unsere Kinder mehr Zeit. An die Eltern können wir nur appellieren, sich diese Zeit zu nehmen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: 13. Schuljahr abschaffen, aber mehr Zeit für die Kinder?)

- Aber für Lehrerinnen und Lehrer, Herr Dr. Dammeyer, gilt, daß wir hier die Bedingungen so schaffen müssen, daß sie sich den Kindern mehr widmen können.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ja, ja!)

Und was tut diese Landesregierung? - Sie tragen das ja mit, Herr Dr. Dammeyer.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Verlassen Sie sich darauf!)

Sie tut nämlich gar nichts, und das in Kenntnis der Fakten. Genau das finden wir unverantwortlich!

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Hier werden die Schulleiter gezwungen, größere Klassen zu bilden und weniger Unterricht zu erteilen. Das weiß doch jeder: Je größer die Klasse, desto weniger Zeit für die einzelnen Schüler. Auch die Zeit außerhalb des normalen Unterrichts wurde so beschnitten, daß außerschulische Aktivitäten und außerunterrichtliche Tätigkeiten, die ein hohes Maß an zusätzlichem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer erfordern, nur noch stattfinden, wenn Lehrerinnen und Lehrer sich freiwillig dazu bereitfinden, und das trotz der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

Wenn dann der Ministerpräsident auf seinem Landesparteitag - und das tut er ja dann auch als Landesvorsitzender - den großen Respekt vor der Leistung der Lehrerinnen und Lehrer bekundet, ist das zwar richtig, aber es reicht überhaupt nicht aus.

(Philipp [CDU])

(A)

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, daß dieser Parteitag im September stattgefunden hat. So bietet es sich doch an, einmal die Worte des Ministerpräsidenten an den Taten dieser Landesregierung unter seiner Leitung zu messen, und zwar sowohl mit Blick auf die Vergangenheit als auch mit Blick auf die Zukunft.

Wenn seine Ausführungen ernst gemeint wären, könnten eigentlich alle hoffen, daß Schule in unserem Lande sich verbessert. Doch ich empfinde es schon als eine Unverfrorenheit, mit der der staunenden Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, es sei an unseren Schulen alles in Ordnung und es gäbe keinen Anlaß zur Sorge. Selbst die Lehrerinnen und Lehrer seien mit und bei dieser Landesregierung gut aufgehoben. Diese Unverfrorenheit, meine Damen und Herren, ist langsam unerträglich!

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns das doch einmal genauer an. Was hat denn der Ministerpräsident und Landesvorsitzende gesagt? Zum Beispiel führte er aus: "Ich kenne kein Politikfeld, in dem es so auf Vertrauen, und damit auch auf Vertrauensarbeit ankommt, wie die Schul- und Bildungspolitik".

(B)

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Versöhnen statt Spalten!)

Und: "Wenn Eltern sich heute viel stärker als früher um die Schulen ihrer Kinder kümmern, ist das auch ein Ergebnis und ein Erfolg unserer Bildungspolitik."

Ich will Ihnen, meine Damen und Herren, aufzeigen, wie diese Vertrauensarbeit und diese bildungspolitischen Erfolge aussehen. Wie gesagt, man läßt es seitens der SPD zu, daß 40 000 Kinder mehr allein in diesem Jahr in der Schule unterrichtet werden müssen, kein einziger Lehrer mehr eingestellt wird - im Gegenteil, sogar 5 weniger.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das sagen Sie schon zum zweiten Mal!)

- Das gefällt Ihnen nicht, Herr Dr. Dammeyer,

(C)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ich komme darauf zurück! Das gefällt doch offenbar Ihnen auch!)

aber weil Sie in der Öffentlichkeit immer einen anderen Eindruck erwecken, indem Sie von den vierstelligen Einstellungszahlen reden, muß man der Bevölkerung hier einmal sagen, daß das unsinnige Zahlen sind, weil Sie nämlich die pensionierten und ausscheidenden Lehrer nicht damit vergleichen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Frau Philipp, wie viele zusätzliche Lehrer beantragen Sie?)

Wenn man das tut - Herr Dr. Dammeyer, das paßt Ihnen nicht, aber Sie müssen es sich anhören -, gibt es eben Minusstellen.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Zeigen Sie doch einmal Ihren Antrag auf mehr Stellen!)

Das ist das Erstaunliche, und das verstehe ich nicht. Wie kann unter solchen Bedingungen Vertrauen wachsen? Meine Damen und Herren von der SPD, wenn sich die Eltern heute mehr um die Schule ihrer Kinder kümmern,

(D)

(Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜNE])

tun sie das ganz bestimmt nicht, weil sie der SPD einen Gefallen tun wollen, sondern weil sie Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder haben. Die müßten Sie in diesem Hause eigentlich ernst nehmen.

(Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Ich empfinde es nicht als vertrauensschaffende Maßnahme, wenn Kinder in Nordrhein-Westfalen in immer größer werdenden Klassen immer weniger Unterricht erhalten. Der Hinweis auf andere Länder nutzt dabei auch nichts, weil wir immer von der Ausgangsbasis ausgehen müssen.

(Philipp [CDU])

(A)

Und, meine Damen und Herren, wenn den Schulen des gegliederten Schulwesens trotz steigender Schülerzahlen in jedem Jahr in enormer Höhe Lehrerinnen und Lehrer entzogen werden, um sie der in vielen Bereichen immer noch privilegierten Gesamtschule zuzuführen, finde ich das

(Abgeordneter Frey [SPD]: Jetzt kommt die Schallplatte!)

auch nicht in Ordnung. Wie ist es denn mit den Erfolgen der Bildungspolitik? Da werden in diesem Schuljahr bei den Hauptschulen 910 Stellen abgezogen, bei den Gymnasien 405, bei den berufsbildenden 279 Stellen. Selbst bei den Schulen des zweiten Bildungswegs, Herr Degen, sind es 14 Stellen weniger.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ach!)

Das sind insgesamt 1 600 Stellen weniger bei den Schulen des gegliederten Schulwesens. Davon gehen mehr als die Hälfte an die Gesamtschulen. Bei den Schulen des gegliederten Schulwesens gibt es steigende Schülerzahlen. Auch das muß hier eben, wenn wir von Zahlen und Lehrerstellen sprechen, mit auf den Tisch des Hauses.

(B)

(Abgeordnete Speth [SDP]: Sollen die Kinder auf der grünen Wiese unterrichtet werden?)

Wir halten es für einen unverantwortbaren Verdrängungswettbewerb

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das ist eine wachsende Schulform, ist doch logisch!)

und für unzumutbar, was die Schlechterstellung der Schulen des gegliederten Schulwesens angeht, weil durch die Hintertür - sage ich mal - auf Dauer das gegliederte Schulwesen personell ausgehöhlt wird.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ach!)

Es nützt auch nichts, wenn man auf dem Parteitag den Eindruck erweckt, man dulde in Zukunft das gegliederte Schulwesen und schwöre der Gesamtschule als einziger Regelschule ab, wenn man im Landtag diesen Worten keine Taten folgen läßt. Wenn man die Rede des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden

(C)

genau liest, wundert man sich nicht mehr. Da führt er nämlich aus, daß es besser sei, die Wirklichkeit schrittweise zu verändern, als zu beklagen, daß sich zu wenige für den großen Wurf begeistern lassen.

Das ist Ihre eigentliche Strategie. Die muß hier auf den Tisch des Hauses, damit nicht draußen ein anderer Eindruck entsteht als das, was in Wahrheit auf dem Landesparteitag beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Dafür hat sich der Ministerpräsident doch ausgesprochen!)

Daß wir uns immer schon für die kleine Schule vor Ort ausgesprochen haben, Herr Dr. Dammeyer, das wissen Sie genauso gut wie alle anderen hier im Saal.

Es gibt auch andere Konsequenzen für die großen Systeme. Wir müssen uns doch einmal bewußt machen, daß wir fast eine halbe Milliarde Mark, fast 500 Millionen Mark jährlich dafür ausgeben, daß unsere Kinder durchs Land gefahren werden, damit sie morgens in die Schule und nachmittags wieder nach Hause kommen. 500 Millionen Mark in jedem Jahr! Die genauen Zahlen kennen Sie; sie weisen eine steigende Tendenz auf.

(D)

Oder betrachten wir einmal die Mittel für den Schulbau. 1992 waren es 155 Millionen DM nur für den Gesamtschulbereich, von der Belastung der einzelnen Schulträger durch die Errichtung von Gesamtschulen ganz zu schweigen; das kann ja jeder vor Ort abfragen. Und dann sagt unser Ministerpräsident: "Wir brauchen eine bildungspolitische Kursbestimmung, die an bewährten Grundsätzen festhält und neue Bedingungen berücksichtigt."

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ja.)

Da kann ich nur fragen: Wo leben Sie eigentlich? Wann fangen Sie denn endlich mit Ihrer Unterstützung an, meine Damen und Herren von der SPD?

Sie lassen es dagegen ungeniert zu, daß immer mehr Schulabgänger - wie ich vorhin schon sagte - nicht einmal mehr den Grundanforderungen der Wirtschaft entsprechen. Wenn die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen die Schulabgänger aus dem eigenen Land

(Philipp [CDU])

(A)

nicht mehr beschäftigen wollen oder können, weil sie mit deren Leistungen nicht zufrieden sind, dann ist das für uns ein ernstzunehmendes Alarmsignal.

(Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Unglaublich!)

- Ja, unglaublich! - Bei der Deutschen Bank fallen rund 65 %, bei Klöckner-Humboldt-Deutz rund 60 %, bei den Kölner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken rund 50 %, bei Thyssen Stahl etwa 40 % der Schulabgänger und Berufsanfänger bei den Aufnahmeprüfungen durch. Das heißt im Grunde: 50 % der Schülerinnen und Schüler sind mit den elementarsten Regelkenntnissen nicht mehr ausgestattet.

Auch der Hinweis auf Bonn zieht hier nicht. Seit mehr als 25 Jahren tragen Sie in diesem Land die Verantwortung für die Bildungspolitik und auch für die Arbeitsmarktchancen. Unterrichtsausfall, zu große Klassen, zu wenig Lehrer in der Ausbildung - darauf werden wir nachher noch zu sprechen kommen -, asbestversuchte Schulen, Feuchtigkeit, Schimmelpilze in den Schulgebäuden sind Schlagzeilen, die darauf hinweisen,

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Über Schimmelpilze können Sie reden, aber nicht über Ihre eigenen Anträge!)

(B)

daß die Schulträger gar nicht mehr in der Lage sind,

(Abgeordneter Frey [SPD]: Im CDU-Bildungsprogramm sind die Schimmelpilze!)

Bedingungen zu schaffen, unter denen Kinder gut lernen können. Es gibt falsche Schulmöbel und so weiter. Aber Sie ändern nichts daran.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Nicht zu fassen!)

Ich komme zum Schluß. Man sollte in der Tat jeden Abend die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land in sein Nachtgebet einschließen, denn es liefe hier nichts mehr, gäbe es nicht die große pädagogische Verantwortung, derer sich die Lehrerinnen und Lehrer bewußt sind und die sie trotz dieser Bildungspolitik übernehmen.

(C)

Sie haben die Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule, in den Sonderschulen für Lernbehinderte und für Sprachbehinderte, in der Höheren Berufsfachschule und in der Fachoberschule verschlechtert und haben in Kenntnis der besonderen Problematik die Integrationshilfen in der Sonderschule und die Stellenreserve für den Vertretungsunterricht bei Mutterschutz und langfristigen Erkrankungen reduziert.

(Minister Schwier: Nein.)

Ich halte das für eine tolle Sozialpolitik, Herr Kultusminister.

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: In Anführungsstrichen!)

Es reicht sicherlich nicht aus, wenn der Ministerpräsident immer wieder sagt: "Auf die Schule kommt es an" und "Wir dürfen die Lehrerinnen und Lehrer mit den Problemen der Schule nicht allein lassen", wenn er die Schulen vergammeln läßt und sich die Probleme ständig vergrößern.

Ich denke, die SPD sollte nicht mit dem schlechten Gedächtnis der Menschen rechnen. Das rechnet sich nämlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Philipp. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Dammeyer das Wort.

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bedauerlicherweise enttäuscht Frau Philipp einen bei den Haushaltsreden nie. Sie haben ja über alles mögliche geredet, nur über Ihre Haushaltsanträge kein Wort verloren. Ich finde das sehr ärgerlich und werde das nachholen, weil man Sie wirklich nicht unerkannt entkommen lassen darf.

(Zustimmung des Abgeordneten Frey [SPD])

Herr Präsident, meine Damen und Herren, da erzählt Frau Philipp hier, wegen der Leistungen würden die

(Dr. Dammeyer [SPD])

(A)

Auszubildenden nicht mehr eingestellt. Also, dieser Kommentar zu dem dramatischen Rückgang an Ausbildungsplätzen in unserem Lande ist wahrlich zynisch.

(Zustimmung bei der SPD)

Da reduziert ein großer Teil der Betriebe die Ausbildungskapazitäten, und Sie sagen: Das liegt an den Testergebnissen. Es ist schon eine abenteuerliche Art, wie Sie hier argumentieren.

Und dann finden Sie es ganz toll, hier den Ministerpräsidenten zu zitieren - das war doch offensichtlich etwas, was er öffentlich gesagt hat -, und sagen dann: Das muß endlich auf den Tisch des Hauses! - Sagen Sie einmal: Hat der das verschwiegen,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Auf dem Landesparteitag!)

oder hat er das auf dem Landesparteitag gesagt? Er hat es auf dem Landesparteitag gesagt. Er hat diese Rede öffentlich gehalten, er hat sie drucken lassen. Sie und viele andere mehr konnten diese Rede nachlesen. Das muß nicht auf den Tisch des Hauses, aber es sollen wirklich viele wissen: Wir halten kleine Schritte zur Vervollkommnung unserer Bildungspolitik tatsächlich für richtig.

(B)

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Aber doch nicht immer!)

Das hat der Ministerpräsident gesagt, das sagen wir alle, das wollen wir auch. Die Rückschritte, mit denen Sie operieren, Frau Philipp, wollen wir allerdings nicht.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Genau! CDU-Schimmelpilze!)

Und jetzt, meine Damen und Herren - das ist auch eine faszinierende Angelegenheit -: Gleich zweimal hat Frau Philipp darauf hingewiesen, daß steigende Schülerzahlen, die es in der Tat gibt, nicht eine Ausweitung der Lehrerstellen in diesem Haushalt mit sich bringen.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Auch nicht!)

(C)

Das stimmt. Aber, Frau Philipp, wo sind bitte Ihre Anträge dazu? Sie jammern darüber, Sie werfen der Landesregierung vor, daß sie keine weiteren Lehrerstellen bereitstellt, aber auch Sie beantragen das nicht!

(Zustimmung des Abgeordneten Frey [SPD])

Die Öffentlichkeit soll das wissen: Auch die CDU ist offensichtlich mit dem Stellenrahmen, den die Landesregierung mit diesem Haushalt vorgegeben hat, zufrieden und beantragt keine zusätzlichen Lehrerstellen.

Vizepräsident Schmidt: Kollege Dr. Dammeyer, würden Sie eine Frage von Frau Philipp beantworten?

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Nein, Herr Präsident, wir haben eine kurze Redezeit, und deshalb habe ich das nicht vor.

Die CDU hat in den vergangenen Jahren von ihren Anträgen hier im Plenum erst gar nicht geredet, sondern das im Ausschuß gelassen. In diesem Jahr haben Sie dankenswerterweise dem Plenum in einer Vorlage vorgestellt, welches Ihre Anträge in den Ausschüssen sind. Aber die zentralen Dinge, Frau Philipp, verschleiern Sie auf eine ganz faszinierende Weise. Alles führen Sie auf, und dann steht darunter: "Verschiedene Kapitel im Kultusetat - Umsetzung von 1 102 Lehrerstellen". Was da so ganz neutral klingt, das sollten vielleicht auch Ihre Kollegen in der CDU-Fraktion überhaupt erst einmal erfahren.

(D)

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Die haben das beschlossen!)

Das bedeutet nämlich die Liquidation des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung. Sie wollen alle 145 Stellen dort streichen.

Sie wollen also alle 145 Stellen für die aufwachsenden Gesamtschulen streichen. Alle Gesamtschulen, die gegenwärtig im Aufbau sind, sollen nach Ihrem Willen diese Ausstattung nicht haben.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Es geht um Gleichbehandlung!)

(Dr. Dammeyer [SPD])

(A)

Zwanzig Stellen an der Laborschule sollen gestrichen werden; das ist der Zuschlag für deren besondere reformpädagogische Art von Arbeit. Solche Reformpädagogik wollen Sie in unserem Lande nicht. Ferner sollen 642 Stellen an den Gesamtschulen wegen der angeblichen Besserstellung gestrichen werden. Das sind allein 807 Stellen, die die CDU liquidieren will und damit diese besonderen pädagogischen Möglichkeiten oder gar die Existenz dieser Schulen in Zweifel zieht.

(Zuruf von der SPD)

An den Kollegschulen wollen Sie 150 Stellen streichen. Ja, meine Damen und Herren: So sind Sie von der CDU!

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Da haben Sie einen falschen Brief geschrieben - Abgeordneter Frey [SPD]: Zuhören!)

- Über meine Briefe unterhalte ich mich dann schon.

Meine Damen und Herren, demgegenüber sind die GRÜNEN weniger zurückhaltend. Die wollen gleich 573 Millionen DM zusätzlich ausgeben und alle kw-Stellen umwandeln - das waren die Anträge im Ausschuß - oder aber nach den Anträgen, die sie im Plenum noch einmal vorlegen, 507 617 500 DM zusätzlich ausgeben. Das ist alles keine Kleinigkeit. Das ist auch etwas, meine Damen und Herren, was man mal eben so aus dem Ärmel schütteln kann. Nein, das geht alles nicht!

(B)

Wir sagen - ich habe eben selbst von den Schwierigkeiten gesprochen -: Diesen Haushalt werden wir wohl so fahren müssen, wie ihn die Landesregierung im großen und ganzen vorgelegt hat. Wir wollen, daß die Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern auch in Schulen der Sekundarstufe I fortgesetzt wird. Deshalb ermöglichen wir es an einer ganzen Reihe von Gesamtschulen und an einigen Hauptschulen, und zwar da, wo es schon vorbereitet ist, nicht überall da, wo es möglicherweise auch noch wünschenswert wäre und Initiativen jetzt diese Möglichkeit nutzen wollen. Bedauerlicherweise können wir es nicht überall, wo es wünschenswert wäre, sondern nur dort, wo es entsprechend vorbereitet ist. Aber immerhin: Da wollen wir es machen. Ich glau-

(C)

be, das ist auch ein seriöser Umgang mit dieser Problematik. Schließlich handelt es sich nicht einfach darum, daß irgendwer nur so weiter zur Beschulung in den Unterricht geht, sondern die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist schon eine wichtige pädagogische Aufgabe.

Meine Damen und Herren, obwohl die Landesregierung die Vorgabe gemacht hat, daß eigentlich der Stellenrahmen überhaupt nicht ausgeweitet werden und keine einzige zusätzliche Stelle dazukommen sollte, hat die SPD-Fraktion Anträge vorgelegt und auch beschlossen, daß es zusätzliche 141 Stellen geben soll, bei denen kw-Stellen in ordentliche Stellen umgewandelt werden und bei tatsächlichem Wegfall wieder besetzt werden, und zwar für die berufliche Bildung in den Teilzeitberufsschulen mit 121 und mit 20 an den Kollegschulen.

Wir wissen, daß das eine schwierige Sache ist. Ich habe Ihnen gegenüber, Frau Philipp, ausdrücklich verteidigt, daß wir eine solche Nulllinie fahren, und Ihnen ausdrücklich vorgehalten, daß Sie diese Nulllinie mit Ihren Anträgen nicht überschreiten. Sie beantragen keine zusätzlichen Lehrerstellen.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Wir schichten im Haushalt um.)

(D)

Wir freilich gehen dazu über, daß wir in diesem von uns damit auch demonstrativ als besonders wichtig herausgestellten Bereich der beruflichen Bildung 141 Stellen zusätzlich bereitstellen. Das führt zu einer Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation und zu einer verbesserten Arbeit gerade im Bereich der beruflichen Bildung, der wegen des Wegfalls von Ausbildungsplätzen im staatlichen Bereich immer wichtiger wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn denn die ausbildende Wirtschaft immer mehr zur nichtausbildenden Wirtschaft wird, werden wir uns bedauerlicherweise wohl im staatlichen Bereich intensiver darum kümmern müssen.

Wir ermöglichen drei weitere regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Jugendlicher und Kinder.

(Dr. Dammeyer [SPD])

(A) Wir glauben, daß das eine wichtige weitere Perspektive ist, weil diese Arbeit nicht von einzelnen Schulen, sondern schul- und schulformübergreifend geleistet werden muß. Wir wissen genau, daß Schwierigkeiten auch bei diesem Haushalt bestehen, und wir sehen, daß die Lücke, die im vorigen Jahr bereits ausführlich dargestellt worden ist, in diesem Jahr auch nicht geschlossen wird.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Sie ist größer!)

Daran will ich gar keinen Zweifel lassen. Aber, meine Damen und Herren, damit legen wir vor der Öffentlichkeit dar, daß das, was tatsächlich die tragenden Prinzipien sind, die wir auf dem Parteitag beraten und beschlossen haben, auch umgesetzt werden. Wir sagen allen Eltern, daß der Elternwille das Entscheidende für die Bildungswegentscheidung ihrer Kinder ist. Wir wollen da keine Bevormundung durch irgendjemanden sonst. Wir wollen auch, daß dann die politischen Entscheidungen gleichermaßen im Land wie in den Kommunen diesem Willen der Eltern folgen sollen, damit Schulen der Schulform, für die die Eltern sich entscheiden, auch bestehen - freilich diese alle in dem Umfang, wie sie in sich leistungsfähig sind. Wir werden es uns nicht leisten können, nicht leistungsfähige Schulen zu unterhalten, gerade unter solchen Bedingungen.

(B) (Abgeordnete Philipp [CDU]: Und spielt die Leistungsfähigkeit der Kinder auch eine Rolle?)

Meine Damen und Herren, unter solchen Verhältnissen ist es um so wichtiger, daß wir das, was bereits der Ansatz unserer bisherigen Politik ist, die wir etwa mit dem Konzept der Öffnung von Schulen bereits betrieben haben, tun, daß nämlich die Profile der einzelnen Schulen verstärkt werden. Das ist eine Aufforderung an die pädagogische Arbeit, die in den Schulen selbst geleistet wird. Das ist etwas, bei dem die Schulen auch aus sich heraus eine weitere Entwicklung unseres Bildungswesens betreiben können. Das sind die tragenden Prinzipien, mit denen wir auf diesem Parteitag vor die Öffentlichkeit getreten sind. - Frau Philipp, die müssen Sie nicht erst auf den Tisch legen. In dem See Ihrer Krokodilstränen, den Sie hier vergossen haben, ist dafür ernsthaft kein Platz.

(Beifall bei der SPD)

(C) Ich glaube schon, daß die Bevölkerung in diesem Lande weiß, welche Schau Sie jeweils veranstalten, wie wenig Sie von Ihren realen Anträgen sprechen, wie sehr es nötig ist, daß man auch Ihre eigenen Kollegen darauf aufmerksam macht, wie rückwärts-gewandt Ihre reale Politik ist, und zwar jenseits der Worthülsen, die Sie hier verbreiten. Deshalb ist es wichtig, daß in der Bevölkerung klar ist: Lehrer, Schüler, Eltern, überhaupt die Zukunft unseres Landes sind bei den Sozialdemokraten in guten Händen.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Dr. Dammeyer. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Reichel.

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viel mehr als die Punkte, die Frau Philipp und Herr Dammeyer hier in einem sehr persönlichen Streit ausgetragen haben, bewegt mich eigentlich - -

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ich habe doch mit Frau Philipp persönlich keinen Streit!)

(D) - Ja, das klang eben ja alles außerordentlich freundlich! - Viel mehr als das bewegt mich, sehr verehrter Herr Kollege Dammeyer, daß diese Landesregierung auf das eigentliche Dilemma, in dem sich die Schulpolitik unseres Landes befindet, keine Antwort hat. Das eigentliche Dilemma liegt nämlich darin, daß wir bis 1995 einen Stellenstopp in diesem Land haben.

Wir kriegen also auch keine neuen Lehrerstellen. Nach 1995 fangen die eigentlichen Finanzprobleme erst an, weil dann der neue Finanzausgleich greift. Dies ist sozusagen die eine Seite. Die andere Seite ist, daß bis zum Jahr 2000 die Schülerzahlen in Nordrhein-Westfalen um 400 000 steigen. Das heißt, zusätzlich zu dem Ersatzbedarf von 30 000 Lehrern, die in Pension gehen und neu eingestellt werden, hätten wir eigentlich einen Mehrbedarf von 20 000 Lehrerstellen.

(Reichel [F.D.P.]

(A)

Das ist die Ausgangslage, die ein Dilemma ist, aus dem grundsätzlich nur zwei Wege herausführen. Der eine Weg ist der, daß wir in den nächsten Jahren die Bildungsstandards kräftig kürzen - ein Weg, der im vergangenen Jahr mit dem Handlungskonzept der Landesregierung ja schon einmal eingeschlagen worden ist: größere Klassen, weniger Unterricht. Der andere Weg ist, daß wir endlich Strukturen in unserer Schulorganisation verändern im Sinne einer Vereinfachung, im Sinne einer effizienteren, im Sinne einer schlankeren Schulstruktur.

Wir, meine Damen und Herren, haben uns für letzteres entschieden, und wenn man nicht den Mut hat, diesen Weg zu gehen, also jetzt Strukturen zu vereinfachen, dann ist man schon heute dafür verantwortlich, in den nächsten Jahren die eben beschriebenen Absenkungen der Bildungsstandards vorzunehmen,

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das wird doch durch das, was Sie da vorschlagen, nicht billiger. Es wird doch nichts billiger!)

- die angesichts der Zahlen, die ich eingangs dargestellt habe, alles in den Schatten stellen werden, was wir im vergangenen Jahr erlebt haben und was im vergangenen Jahr hier schon so viele Menschen auf die Straße getrieben hat.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Die hatten nämlich alle, Herr Kollege Dammeyer, nicht das Gefühl, daß die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen bei den Sozialdemokraten in guten Händen ist,

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei der CDU)

- und sie haben nach dem SPD-Parteitag erst recht nicht dieses Gefühl. Dort haben Sie ja noch einmal unterstrichen, was wir zu erwarten haben. Wahlkampferecht hieß die Botschaft da: Fürchtet euch nicht, an den Strukturen wird nicht gerüttelt. - Das mag bei der einen oder anderen Zielgruppe, bei dem einen oder anderen Lehrerverband jetzt gut ankommen, es löst aber die Probleme, die ich eingangs beschrieben habe, überhaupt nicht.

Wir haben zu diesem Haushalt eine sogenannte qualifizierte Minderausgabe beantragt. Wir haben das im Volumen von 1 Milliarde DM beziffert im Hinblick auf die Entlastung des Haushaltes. Wir wollen eine weitere Milliarde aus dem Verkauf von Beteiligungen des Landes erwirtschaften.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Sie wollen in einem Jahr das Land verhökern!)

Wir tun das nicht ohne Ziel. Wir wollen uns - das enthält unser Querschnittsantrag - auf die Aufgaben in Nordrhein-Westfalen konzentrieren, die für uns am wichtigsten sind, und dazu gehört das Bildungswesen. Da setzen wir eine Kontinuität aller Jahre, in denen wir hier Haushaltsberatungen geführt haben, fort. Dazu gehört dann auch der Etat des Kultusministers. Wir nehmen den von allen Sparüberlegungen aus, und wir tun das aus bildungspolitischen Gründen, aber wir tun das ebenso aus wirtschafts-, aus wettbewerbspolitischen Gründen.

(Minister Matthiesen: Und weil der Minister so gut ist.)

Wir haben eben im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsetat dieses Landes ausführlich darüber diskutiert, daß wir Arbeitsplätze verlieren, Tausende von Arbeitsplätzen auch in den wichtigsten Branchen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wenn man diesem Trend entgegenzutreten will - das müßten eigentlich gerade Sie als Sozialdemokraten hier unterstreichen können -, dann kann die Lösung nicht sein, jetzt auf Lohn- und Sozialdumping zu setzen, weil wir bei allen Bemühungen sicherlich nicht zu den Konditionen von Polen oder der Tschechei produzieren können, nicht einmal zu den Konditionen von Spanien oder Portugal.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Sagen Sie das doch mal dem Herrn Tschoeltsch.)

Sparanstrengungen sind wichtig, aber viel wichtiger ist zu wissen, daß wir nicht billiger sein können als andere und deswegen dazu verurteilt sind, besser zu sein als andere. Und daher ist - gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlich schwierigen Lage, in der wir sind - jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, Kürzungen im Bildungswesen vorzunehmen, auch nicht reale

(C)

(D)

(Reichel [F.D.P.]

(A)

Kürzungen, indem man nur auf der Stelle tritt. Man muß im Gegenteil antizyklisch mehr in Bildung investieren. Wir setzen hier eine Linie aller Jahre fort, in denen wir an Haushaltsberatungen teilgenommen haben. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine Bildungsvorrangpolitik realisieren. Aber die Voraussetzung ist eben, daß wir mit den vorhandenen Mitteln so effizient wie nur irgend möglich umgehen. Deswegen gehört beides zusammen: Strukturen vereinfachen und auf dem Hintergrund dann eine stärkere Konzentration unserer insgesamt zu knappen Mittel auf das Bildungswesen vornehmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich gebe gerne zu, daß auf allen staatlichen Ebenen die Erkenntnis, die hier unser Leitfaden ist, nicht immer in die Tat umgesetzt wird. Es ist auch auf anderen staatlichen Ebenen gelegentlich immer noch leichter, Milliarden zu mobilisieren für die Erhaltung überkommener Industriestrukturen, statt Millionen zu mobilisieren für Investitionen in die innovativen Felder Bildung, Wissenschaft und Forschung. Kohlegipfel werden Erfolgsveranstaltungen, weil Kanzler und herausragende Ministerpräsidenten dort eben Macht worte sprechen, und Bildungsgipfel werden Mißerfolgsveranstaltungen, weil Kanzler und bedeutende Ministerpräsidenten dort keine Macht worte sprechen. Also wir reden viel häufiger von der Notwendigkeit, Prioritäten jetzt neu zu setzen, als wir dies dann anschließend in Taten umsetzen - nicht nur in Nordrhein-Westfalen, aber eben auch in Nordrhein-Westfalen. Hier tragen wir Verantwortung, und deshalb mahnen wir an, hier die Prioritäten tatsächlich neu zu setzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir machen es uns als Opposition nicht leicht. Wir hätten das auch so tun können wie die GRÜNEN, indem wir hier - Herr Kollege Dammeyer hat das ja aufgelistet - Mehrausgaben von mehr als einer halben Milliarde DM ohne konkrete Deckung beantragt hätten. Dazu muß ich Ihnen wirklich sagen: Wer bei 111 Milliarden DM Landesschulden so hemmungslos als Wunschtzettelpartei auftritt - für jede erdenkliche

(C)

Klientel -, der kann dafür - auch in der Vorweihnachtszeit - keine mildernden Umstände mehr für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zustimmung bei der SPD)

Gerade in Krisenzeiten brauchen wir mehr Kreativität, mehr Beweglichkeit. Was sagen wir eigentlich den hundert Gemeinden, die ihre Schulstandorte nicht halten können, weil sie eine Hauptschule haben, und deren Ausweg, den Schulstandort zu halten, nur darin läge, Gesamtschulen zu errichten?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Genau das sagen wir!)

Haben wir denen nicht mehr zu sagen, als ihnen nur den Hinweis zu geben: Gründet Gesamtschulen! -, und das vor dem Hintergrund, daß das Investitionskosten in zweifacher Millionenhöhe nach sich zieht, was, wie wir wohl alle zugeben werden, nicht ganz in die Landschaft paßt? - Übrigens bin ich auch der Auffassung, daß die Baumittel, die das Land für Schulbau ausgibt, zunächst einmal - unter dem Aspekt, daß sie in diesem Jahr kräftig gekürzt worden sind - besser in Sanierungsprojekten als in Neubauprojekten aufgehoben sind. Auch da ist der Spielraum doch begrenzt.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wollen wir diesen Hinweis, "Gründet Gesamtschulen!", unter Berücksichtigung der Tatsache, daß, weil Gesamtschulen eine gymnasiale Oberstufe haben, noch mehr Schüler an einem Studium und noch weniger an einer beruflichen Ausbildung interessiert wären? Sie haben zu Recht das Ziel formuliert, die Akzente im beruflichen Schulwesen ausgeprägter zu setzen, nachdem das jahrelang im Schlagschatten sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen gestanden hat. Aber dazu gehören dann auch solche Strukturüberlegungen wie, im ländlichen Raum dafür zu sorgen, daß Schulstandorte nicht nur durch das klassische Modell "Gesamtschule", das in eine gymnasiale Oberstufe und dann in ein Hochschulstudium führt, gesichert werden können. Man muß vielmehr

(Reichel [F.D.P.]

(A)

schon im allgemeinbildenden Schulwesen mehr Fundament für das berufliche Bildungswesen anlegen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind der Auffassung, daß wir mehr Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene brauchen. Wir haben deshalb auch die Anträge der CDU-Fraktion, die Mittel für Modellversuche kräftig zusammenzuziehen, abgelehnt. Nein: Wir brauchen jetzt mehr Möglichkeiten, um auszuprobieren, um auch die Kombination von Bildungsgängen vor Ort auszuprobieren, und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, da meine Redezeit zu Ende ist, lassen Sie mich zum Schluß noch sagen: Dieser Haushalt ist aus unserer Sicht ein ziemlich phantasieloser Überrollhaushalt, der schon den aktuellen Problemen nicht gewachsen ist. Perspektiven für die Zukunft läßt er bedauerlicherweise gar nicht erkennen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Reichel. - Für die GRÜNE-Fraktion spricht die Frau Abgeordnete Schumann.

(B)

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange bei Herrn Reichel an.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Sprechen Sie über den Kultusminister statt über uns!)

Ich finde es eine Unverschämtheit, wie Sie sich hier hinstellen und sagen, wir wären verantwortungslos, wir hätten keine konkreten Deckungsvorschläge.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Ja, die WestLB verkaufen!)

Richtig ist, daß wir unsere Haushaltsforderungen gedeckt haben, aber nicht durch Umschichtungen, wie es beispielsweise die CDU macht, indem sie den Schulformen, die ihr nicht gefallen, etwas wegnimmt und das in anderen Schulkapiteln wieder unterbringt.

So gehen wir nicht vor; das finden wir unverantwortlich und unseriös.

Wir haben festgestellt, daß dieser Haushalt noch Luft enthält. Wir haben den Haushalt in einer Größenordnung von 5 % umgeschichtet, und zwar zugunsten von Bildung und Soziales, und damit ermöglicht, daß tatsächlich real mehr Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen könnten, wenn man unseren Vorstellungen folgen wollte. Das ist Fakt.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Frau Philipp und Herr Reichel, Sie müßten nicht einmal alle unsere Vorstellungen übernehmen, um beispielsweise damit den Weg einzuschlagen, den wir anregen, nämlich mehr Lehrer und Lehrerinnen real einzustellen. Sie müßten nur ein paar davon wollen; Sie müßten beispielsweise auch einmal den Weg, der in anderen Bundesländern insgesamt gang und gäbe ist, nämlich den Haushalt über Ökoabgaben an anderen Stellen zu entlasten, endlich mitgehen.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Nachdem ich das gesagt habe, habe ich mir ein bißchen Luft gemacht,

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Heiße Luft!)

um jetzt darzustellen, wo wir unsere Prioritäten im Haushalt setzen. - Wie jeder weiß, Herr Kultusminister, ignoriert der Haushalt für die Schule nicht nur die wachsenden Anforderungen an sie und die Lehrerinnen und Lehrer, sondern er verschlechtert die Arbeitsbedingungen sehenden Auges. Insofern bin ich mit dem einverstanden, was die Kollegen gesagt haben.

(Minister Schwier: Geschlossenen Auges ist auch nicht gut!)

- Geschlossenen Auges wäre noch eine Etage schlimmer. - Mit der Einführung des Begriffs "Nullstellenwachstum" - dieser Begriff ist schon in sich ein Paradox - versuchen Sie - wie ich finde, allerdings ohne Erfolg -, die Realitäten zu vernebeln.

(C)

(D)

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Was in diesem Haushalt wirklich wächst - es ist von Herrn Dammeyer nur kurz angesprochen worden, ich möchte mich aber ein bißchen länger damit beschäftigen -, das ist die sogenannte Lehrerstellenlücke, die von Kienbaum in dem legendären Jahr 1991 auf 17 000 bzw. 25 000 Lehrerstellen beziffert wurde. Diese Lücke ist selbst durch die massiven schmerzhaften Eingriffe in die pädagogischen Standards unserer Schulen nicht geschlossen worden. Während wir im Haushalt 1993 auf der Grundlage der - jetzt komme ich mit Bürokratie - Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz 2 527 Stellen mehr hätten haben müssen, bleibt in diesem Haushalt die Lücke bei einer Größenordnung von 3 261 Stellen. Und damit wächst die Lücke, nämlich von 1,8 % im Jahre 1993 auf den Prozentanteil von 2,4 % in 1994.

Was bedeutet das, denn das klingt ja zunächst einmal unverständlich? - Die Landesregierung hat a) ihr Wort nicht gehalten - das bedeutet es als allererstes -, denn sie hat gesagt: Die Lücke wird geschlossen; das, was aufgrund des ermittelten Lehrerberarfs und des zu ermittelnden jährlichen Lehrerberarfs fehlt, wollen wir begeben. - Das hat sie nicht getan.

Das heißt auch, daß sich die Landesregierung selbst in die Tasche lügt, wenn sie das Schulfinanzgesetz formal erfüllt, also jährlich eine Verordnung herausgibt, mit deren Hilfe dann der Lehrerinnen- und Lehrerstellenbedarf zu ermitteln ist, aber dann nicht die Konsequenzen zieht, sondern an der AVO, also dieser Verordnung, vorbei den Bedarf umsetzt, und zwar nach dem, was der Finanzminister vorgegeben hat. Das heißt: Sie haben im Grunde ein Gesetz, was zum Schein, auf dem Papier, noch existiert, was formal immer wieder sozusagen in Umlauf gebracht wird - wir bekommen die entsprechende Verordnung im Schulausschuß -, und dann hält man sich nicht daran. Das ist Augenwischerei. Das ist im Grunde Manipulation, ich könnte, ehrlich gesagt, auch das Wort "Betrug" hierfür einführen.

(Minister Schwier und Abgeordneter Dr. Brune-
meier [SPD]: Na, na!)

- Ja, Betrug gegenüber denen, denen man vormacht, das ginge alles nach Recht und Gesetz zu. Das ist aber nicht der Fall.

(C)

Wo bleibt da z. B. Ihr Aufschrei, Herr Reichel? Sie nehmen das in Kauf. Das nehme ich jedenfalls an, weil Sie nichts dazu gesagt haben.

Oder was ist mit der CDU? Da schließt sie die Augen und sagt den Schulen eben nicht, daß sie nicht genug Lehrerinnen und Lehrer haben, daß ihnen trotz der Verschlechterungen jährlich soundso viele Lehrer fehlen.

Wir werden den Antrag also noch einmal stellen. Schließen Sie die Lücke, und diese läßt sich nur mit Neueinstellungen schließen. Sie trauen sich ja nicht, die Bedarfsparameter noch einmal zu verschlechtern, um die Lücke zu schließen. Und wenn Sie diese Traute nicht haben, bleibt nur noch der Weg. Darauf weise ich hin. Wir stellen den Antrag, und, wie gesagt, dieser Antrag ist gedeckt.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Wodurch denn? -
Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Durch was
denn?)

- Ich habe Ihnen am Anfang gesagt, wie wir unseren Haushalt konstruiert haben.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]:
"Konstruiert" ist das richtige Wort!)

(D)

Das ist ein anderes Vorgehen, als immer streng in einem Haushalt zu streichen, was einem nicht paßt, von dem man meint, es vergessen zu können, oder von dem man glaubt, daß es verzichtbar ist.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Nur: In der
Konstruktion fehlen die stabilen Elemente!)

Ich komme jetzt zu den Verschlechterungen, die in diesem Jahr durch die Verordnung zur Ermittlung des Stellenbedarfs eingeführt wurden. Diese Verschlechterungen treffen ganz bestimmte Gruppen. Ich finde es wiederum unverschämt, Herr Reichel, daß Sie sagen, die GRÜNEN erfüllten hier beliebig Gruppeninteressen. Wir verfolgen statt dessen Jahr für Jahr und sehr konsequent bestimmte Schwerpunkte im Haushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau
[F.D.P.]

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Wir wollen nicht mit ansehen, daß die Migranten und ihre Kinder einseitig und hart getroffen werden.

(Beifall der Abgeordneten Hürten [GRÜNE] -
Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

- Sie werden hart getroffen. Ich bleibe zunächst einmal bei dieser Gruppe, Frau Philipp, auch wenn Sie diese Gruppe nicht für wichtig halten.

Diese Gruppe wird hart getroffen, obwohl die strukturelle Benachteiligung im gesellschaftlichen und schulischen Bereich deutlich nachgewiesen ist. Ein Indikator sind die Schulabschlüsse im Vergleich zu den deutschen Schülerinnen und Schülern.

Ohne Hauptschulabschluß, also mit gar nichts ausgestattet, verließen am Ende des Schuljahres 1990/91 18 % der Ausländerinnen und Ausländer die Schule, dagegen nur - obwohl ich es enorm hoch finde - 5,2 % der deutschen Schüler und Schülerinnen.

Jetzt einmal nach oben geschaut: Die Hochschulreife erlangen inzwischen 31,5 % der deutschen, aber nur 8 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler.

(B)

Ich nenne noch eine Zahl: Der Anteil der ausländischen Schüler/innen an den Sonderschulen liegt bei den Schulen für Lernbehinderte bei 22,3 % und damit überproportional über dem Anteil an der Bevölkerung. Hier sind sie auf eine Schulform festgelegt. Das hat nichts mit ihrer Herkunft zu tun - ich hoffe, daß niemand so etwas denkt -, sondern mit struktureller Benachteiligung.

Obwohl dies so ist, wird die völlige Streichung der Integrationshilfen für die Migrantenkinder damit begründet, daß sie in der zweiten und dritten Generation in Deutschland diese Hilfen nicht mehr benötigen. Man erklärt sie bildungspolitisch zu Deutschen. Rechtlich werden sie in allen anderen Bereichen nicht gleichgestellt. Das bedeutet, daß diese bildungspolitische - in Anführungszeichen - "Gleichstellung" eine ganz besonders zynische Form der Benachteiligung und Diskriminierung ist.

(Beifall der Abgeordneten Hürten [GRÜNE])

(C)

Hier zeigt sich, Herr Kultusminister, was von den Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit zu halten ist. Nichts, aber auch absolut gar nichts. Überall dort, wo im Alltag sinnvollerweise kontinuierlich etwas verbessert werden könnte, werden die Mittel zugunsten einmaliger Showaktionen ohne dauerhaften Wert gekürzt.

Auch beim muttersprachlichen Unterricht wurde gekürzt; das ist der Schritt in Richtung Kienbaum, der der Regierung geraten hatte, den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht ganz zu streichen.

Die SPD hat dem Ganzen die Krone aufgesetzt, indem sie in den Haushaltsberatungen neue Stellen für Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher schafft und diese durch weitere Kürzungen bei der schulischen Integration von Ausländerinnen und Ausländern finanziert. Erst einmal sparen wir an den ausländischen Schülerinnen und Schülern, und dann gehen wir an die Öffentlichkeit und sagen: Wir haben etwas ganz Tolles, wir haben weitere drei Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von ausländischen Schülerinnen und Schülern.

Es ist so etwas von unseriös, es ist unverantwortlich - ich nenne es schamlos -, wie hier vorgegangen wird. Die Öffentlichkeit wird wieder einmal getäuscht, was den konsequenten Einsatz von Mitteln im Schulbereich angeht.

(D)

Ebenfalls betroffen von den Verschlechterungen sind die behinderten Kinder. Auch hier gilt selbstverständlich das, was ich vorhin zu den Migrantenkindern gesagt habe: Es herrscht strukturelle Benachteiligung. Ohne schulfachlichen und pädagogischen Sinn und Verstand wird die Schüler-Lehrer-Relation für den Primarbereich der Schule für Sprachbehinderte heraufgesetzt. Das bedeutet weniger Förderung - das weiß jeder -, und das bedeutet auch, daß gerade der Charakter dieser Schule als konsequente Durchgangsschule in Frage gestellt wird.

(A)

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin, darf ich Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Sie erinnern mich jetzt daran, daß ich noch nicht fertig bin, aber ich habe ja noch die Möglichkeit, in der zweiten Runde etwas zu sagen!)

- Dann müssen Sie sich in der zweiten Runde melden.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Das tue ich auch!)

Die für die erste Runde vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Gut. - Weil ich Schwerpunkte gebildet habe, muß ich auch etwas intensiver über diese Gruppen reden. Ich schließe jetzt vorläufig, indem ich sage: Es ist eine Katastrophe, wie mit behinderten Kindern umgegangen wird, was wir auch an der Stellenreserve Kürzung bei den Lehrern und Lehrerinnen für die Sonderschulen feststellen. Hier liegt die Stellenreserve eigentlich bei einem Prozentsatz von 10 %; der Kultusminister hat es selber errechnet. Aber was tut er? Er setzt sie auch hier herunter. Und das ist durch das Programm "Geld statt Stellen" nicht zu decken; das wissen Sie auch.

(B)

(Beifall der Abgeordneten Hürten [GRÜNE])

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Philipp, ich finde es natürlich sehr gut, wenn Sie sich intensiv mit dem bildungspolitischen Landesparteitag der SPD beschäftigen.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Hoffnungsvoll!)

(C)

- "Hoffnungsvoll" sogar. Ich habe nichts gegen eine hoffnungsvolle Beschäftigung. Im Gegenteil!

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Ich war enttäuscht!)

- Ich fürchte, wir werden Sie immer wieder enttäuschen. Das muß aber nicht mit diesem bildungspolitischen Parteitag zu tun haben.

Aus der Rede des Ministerpräsidenten zu zitieren, ist immer gut. Wir wissen aber auch, daß eine selektive Form des Zitierens immer eine Absicht einschließt.

Ich will nur einige wenige Bemerkungen machen: Sie urteilen über unser Schulwesen und seine Erfolge nach den Quoten der Aufnahme von Bewerbern bei der Deutschen Bank. Ich frage Sie: Was wird wohl eine Firma machen, die zwanzig Leute einstellen kann, aber 200 Bewerbungen erhält? - Ich will es Ihnen sagen: Sie läßt 180 durchfallen.

Mich hätte interessiert, wie denn die Durchfallquote beim Baugewerbe ist. Dort ist nämlich die Klage, sie hätten nicht genug Azubis, nicht genug Berufsanfänger.

(Abgeordnete Woldering [CDU]: Das ist überall beim Handwerk so!)

(D)

Lassen Sie uns deshalb mit solchen Zahlen sehr vorsichtig umgehen. Sie haben etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun. Hier geht es nämlich um den Arbeitsmarkt und seinen Vorläufer, den Ausbildungsmarkt.

(Beifall der Abgeordneten Garbe [SPD])

Dann reden Sie über das Gedächtnis.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Was?)

- Ja, Sie haben über das Gedächtnis im Hinblick auf bildungspolitische Ankündigungen geredet. Vielleicht hätten Sie - andere haben das getan - wenigstens ein Wort zu Ihrer Position zum Handlungskonzept der

(Minister Schwier)

(A)

Landesregierung anführen müssen. In bildungspolitischen Fragen kann ich nicht von einer vereinigten Opposition reden. Die gibt es wohl mehr im umweltpolitischen Bereich und bei Untersuchungsausschußfragen. Aber an einer Stelle gab es unisono kontra, nämlich beim Handlungskonzept der Landesregierung.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Ich vermute, Sie hätten lieber gar keine Handlung gehabt. Das folgere ich zumindest aus Ihrer damaligen Stellungnahme. Ich frage Sie aber allen Ernstes: Wie wäre denn ohne dieses Handlungskonzept, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, die Situation unserer Schulen heute? - Nein, meine Damen und Herren, so simpel kann man sich das nicht machen. Ich sage gleich noch etwas zu den tatsächlichen Veränderungen dieses Haushalts gegenüber dem jetzt noch gültigen.

Herr Kollege Reichel, Sie suchen das Heil immer wieder in der Veränderung oder Vereinfachung der Strukturen. Ich sage Ihnen noch einmal: Alles, was man bisher von Ihren Vorschlägen nachrechnen kann, wird teurer.

(Zustimmung des Abgeordneten Frey [SPD])

(B)

Insofern ist das gegenüber der unvermeidbar auf uns zukommenden Steigerung der Schülerzahlen und der vermutlichen Finanzsituation der kommenden Jahre keine Hilfe. Mit einer Strukturveränderung, die teurer wird, eine Finanzkrise bekämpfen zu wollen, wird nicht funktionieren. Rechnen Sie einmal!

Nun zu der Behauptung, daß die beruflichen Schulen in der Vergangenheit immer im Schatten gestanden hätten. Die klassische Berufsschule im dualen System hat in den letzten Jahren bei der Schüler-Lehrer-Relation eine Veränderung von 1:51 auf 1:39,4 im kommenden Schuljahr erfahren. Das muß man erst einmal nachmachen.

(C)

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Reichel?

(Minister Schwier: Ich weiß nicht, ob es eine zweite oder dritte Runde gibt. Dann wäre ich jetzt mit meiner Zeit sehr sparsam. Bittel)

- Bitte schön, Herr Reichel.

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Herr Minister, Sie haben wiederum behauptet, daß die von uns erstellten Schulstrukturmodelle eher kostentreibend statt kostenreduzierend sind. Wie erklären Sie sich dann aber, daß sich vier von fünf der neuen Bundesländer, die ihre Schulstruktur alle unter ausgeprägt ökonomischen Gesichtspunkten gestaltet haben,

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das stimmt nicht, das ist nicht mal ökonomisch!)

für ausgesprochen ähnliche Modelle entschieden haben, wie dem, das wir für Nordrhein-Westfalen entwickelt haben?

Kultusminister Schwier: Entschuldigen Sie, diese Länder können überhaupt noch gar nicht ökonomisch handeln, weil sie zunächst einmal ein sehr viel teureres Schulsystem bekommen als das, was sie hatten, weil sie erstmals richtig rechnen müssen, weil sie erstmals ihre Lehrer richtig bezahlen müssen,

(D)

(Beifall bei der SPD)

weil sie zum erstenmal von der Einheitsschule, die es selbst als Kleinstschule im relativ kleinsten Dorf gab, wegmüssen hin zu leistungsfähigen Systemen.

Die Bewährungsprobe dieses Schulsystems kann man Ihnen heute noch gar nicht abverlangen. Es gibt doch noch nicht einmal die ersten Schüler, die wenigstens zwei oder gar drei Jahre kontinuierlich in diesem neuen System verbracht haben. Es ist unanständig,

(Minister Schwier)

(A)

ihnen das abzuverlangen, aber auch unzulässig, das immer wieder in den Vergleich zu unserem System zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Frau Kollegin Schumann: Über Ihre Weihnachtswünsche rede ich nicht mehr; die kommen alle Jahre wieder. Dazu habe ich schon des öfteren etwas gesagt.

Es ist wahr: Was die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer angeht, haben wir im Schuljahr 1994/95 keine Verbesserung. Das kann wohl auch nicht funktionieren, wenn wir unter dem Zwang der Personalbegrenzung stehen. Denn in der Schule sparen wir nicht.

Die haushaltspolitischen Sprecher aller Fraktionen - mit Ausnahme der GRÜNEN - lassen verlauten, daß das alles viel zu wenig ist. Nach dem Haushaltsentwurf haben wir für das Jahr 1994 3 700 Einstellungen vorgesehen. Außerdem haben wir 866 Umwandlungen von kw- in Dauerstellen, Formal ist das keine Vermehrung der Stellen, aber auf Dauer genauso teuer wie neue Stellen. Denn diese Stellen fallen nicht mehr weg. Zusätzlich haben wir 10 Millionen DM für "Geld statt Stellen".

(B)

Worin bestehen die Verschlechterungen? - Wir haben die Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule von 24,3 auf 24,6 erhöhen müssen. Wir haben in der Schule für Sprachbehinderte von 7,9 auf 8,7 erhöhen müssen. Dies sind keine gravierenden Veränderungen.

In einigen Fällen haben wir den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und die Integrationshilfen nicht kürzen, sondern unter Beibehaltung des jetzigen Standards reduzieren müssen. Wir haben die Stellenreserve von 4 auf 3 % gesenkt, um den Normalbedarf der Schulen bedienen zu können.

Aber ich nannte schon als Ausgleich 10 Millionen DM für "Geld statt Stellen", weil wir einen Teil dieser Reserve durch zusätzliche Beschäftigung von bisher Teilzeitbeschäftigten und ähnliche flexible Maßnahmen auffangen wollen.

Übrigens haben wir in der Grundschule und in der Sonderschule die Stellenreserve nicht von 4 % auf

3 %, sondern nur auf 3,5 % gesenkt. Wir machen das also schon unter der Überschrift: Wo ist es am ehesten möglich?

(C)

(Abgeordnete Philipp [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wenn Sie das alles miteinander nehmen und mit den Anträgen vergleichen - soweit Sie überhaupt Veränderungen oder gar Verbesserungen wollen -, dann müssen Sie zugeben: Die Finanzierung dieser Verbesserungen hängt in der Luft. Und da wird sie dann auch wohl hängenbleiben.

Ich kann nur empfehlen, diesen Haushalt des Möglichen und des Notwendigen so zu verabschieden, wie er eingebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Frau Philipp, Sie können sich auch gern noch einmal zu Wort melden; denn es gibt jetzt eine zweite Runde.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Nein, ich wollte den Minister etwas fragen! - Minister Schwier: Entschuldigung!)

(D)

In dieser zweiten Runde erteile ich der Frau Abgeordneten Schumann für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU] an die sich ans Rednerpult begebende Abgeordnete Schumann [GRÜNE])

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ich weiß gar nicht, Frau Philipp, warum Sie sich aufregen. Die Möglichkeit, mehr zu sagen als sonst unter dem Dalli-dalli-Aspekt, können Sie doch jetzt auch nutzen.

(Zurufe - Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt einen ganz erfreulichen Aspekt, den ich einmal nennen wollte. Es ist der einzige, den ich sehe, und zwar ist das ein politischer Erfolg. Unabhängig von den

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Stellen, die dafür ausgebracht werden: Es wird mehr behinderte Kinder geben, die im Schuljahr 1994/95 an Gesamtschulen und Hauptschulen zieldifferent gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern lernen können. Das ist ein politischer Erfolg, der sich eben nicht an den dafür ausgebrachten Stellen messen läßt,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

die natürlich wiederum aus der Ausländerförderung herausgeklaut worden sind, um das einmal deutlich zu sagen.

Auch wenn Sie den Kampf gegen sonderpädagogische Aussonderung gegen den Willen der Eltern in Nordrhein-Westfalen nicht mit Siebenmeilenstiefeln beschreiten - und die Tagung der Max-Traeger-Stiftung in Bremen hat wirklich gezeigt, daß Nordrhein-Westfalen Schlußlicht ist, was die Integration angeht -: Die Entwicklung zu integrativem, gemeinsamem Lernen, gegen Aussonderung, ist nicht mehr rückholbar, Frau Philipp, und das ist das Erfreulichste, was ich mit diesem Haushalt verbinde.

(Zurufe der Abgeordneten Philipp [CDU] und des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

(B)

Dann gibt es noch eine Maßnahme, gegen die wir - allerdings als einzige - waren: ADV-Ausstattung der Schulen. Technische Innovation contra pädagogische Innovation, so nenne ich das zu diesem Zeitpunkt, wenn Sie bereit sind, für diese 30 Millionen-Maßnahme jährlich 6,5 Millionen DM aufzubringen. Diese Maßnahme ist für einen bedarfsgerechten Lehrereinsatz überhaupt nicht notwendig. Das wissen alle, die damit zu tun haben.

Diese Investition zielt politisch auf etwas ganz anderes, nämlich auf das Ausleuchten der pädagogischen Spielräume, die die Schulen in Form von personellen Reserven noch haben. Das wird damit beabsichtigt. Der "Flexi-Lehrer" ist mit diesem Instrument möglich.

Und unter welchen Umständen läuft diese Einführung? Beispielsweise wird die Mitbestimmungspflicht der Personalräte ausgehebelt. Diese mußten jetzt vor Gericht gehen, um ihrem Recht Geltung zu verschaf-

fen. Sodann erfolgt die Ausstattung ohne rechtliche Grundlage. Uns fehlt dazu das Datenschutzrecht. Wir als Ausschuß haben es noch nicht gesehen. Keiner wehrt sich dagegen. Alle sagen: Stattet mal aus. - Und dann lassen wir das Trojanische Pferd, Herr Kultusminister, erst einmal in die Schulen laufen. Daß es trojanisch ist, habe ich gesagt.

(Minister Schwier: Deshalb muß es nicht stimmen!)

Der Doppelcharakter, der mit diesem Instrument möglich ist, ist ja ganz deutlich.

(Zurufe von der SPD)

Andererseits wird den Schulen natürlich eine Hilfe angeboten. Sie können Ihre Schulpläne machen usw. usw. Wunderbar! Aber langfristig haben sie selber dann den Ärger damit. Das prophezeie ich. Nicht zu Unrecht sind ganz viele Schulen skeptisch, und viele Schulträger fragen sich, was das denn für ein Geschenk ist, wenn nur für die ersten drei Jahre geklärt ist, wer bei Reparaturen zuständig ist. Wer für den Modernisierungsbedarf, der in 10 Jahren kommt, zu zahlen hat, weiß kein Mensch.

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Philipp zulassen? (D)

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Nein, ich kann jetzt nicht. Frau Philipp, reden Sie doch hier, statt hier dazwischenzuquatschen.

(Zurufe von der SPD und der CDU: Oi, oi!
- Weitere Zurufe)

Sie haben die Redezeit, die Sie nutzen können.

Der Ausschuß heißt: Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Und niemand redet von Weiterbildung. Ich möchte zumindest ein paar Worte darüber verlieren, um diesem Bereich hier Geltung zu verschaffen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Aber nur ein paar!)

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Die Finanznot der Kommunen und anderer Weiterbildungsträger ist ja allen bekannt: Steigende Personalkosten, ernsthafte Bedrohung der Einrichtungen durch Schließungen, Kürzungen, durch Entprofessionalisierung. Auf der anderen Seite Gebührenerhöhung bei den Teilnehmern, Umorientierung der Programme auf Marktgängiges und damit, kurz gesagt, die Entfernung von dem Bildungsauftrag, den die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen eigentlich haben sollte, nämlich vierte Säule im Bildungssystem zu sein. Das bricht immer mehr zusammen.

Wir behaupten nicht, daß wir mit unseren Anträgen jetzt die gesamte Situation retten können.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Wir wollen aber die Weiterbildung, Frau Philipp, auf ein ganz anderes Gleis setzen, nämlich auf eins, das Zukunft hat. Deshalb haben wir gesagt: Jährliche Dynamisierung der Personalkosten für hauptamtliches Personal. Das schafft noch nicht den Weiterbildungslehrer; keine Sorge! Das schafft aber beispielsweise eine Qualität für die Kurse, wo auch Kontinuität und Professionalität gefragt sind.

(B)

Damit bin ich bei den Volkshochschulen, die als Einrichtungen des zweiten Bildungsweges neben den Schulen des zweiten Bildungsweges stehen, die ihnen aber nicht, was die Ausstattung angeht, gleichgestellt sind. Auf der einen Seite stehen hier die hauptamtlichen Lehrer und Lehrerinnen an den Schulformen des zweiten Bildungsweges, auf der anderen Seite nebenamtliche Honorarkräfte ohne Absicherung. Dieser beschäftigungspolitische und arbeitsrechtliche Skandal, der ja lange bekannt ist und gegen den Sie über die Jahre, in denen es hier etwas fetter zugeht, nie etwas gemacht haben, schreit zum Himmel. Dazu müssen wir etwas sagen.

Deshalb haben wir die Forderungen der Kommunen aufgegriffen und uns daran orientiert, als wir sagten: 4 Millionen DM mehr für die abschlussbezogenen Kurse an den Volkshochschulen, damit diese Gleichstellung geschehen kann.

Die AWBG-Mittel, also kurz gesagt die Mittel zur Finanzierung von Projekten und Maßnahmen der Arbeitnehmerweiterbildung, sind gekürzt, von 3 Mil-

lionen DM auf 2,1 Millionen DM. Das sind ungefähr 30 %.

(C)

Man reibt sich die Augen. Einerseits will die Landesregierung das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz in der Absicht novellieren, mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit des Bildungsurlaubs rechtlich zu sichern, und auf der anderen Seite kürzt sie die Mittel. Soll das etwa heißen, Herr Kultusminister, daß wir mit dieser Novellierung im nächsten Jahr nicht über die Runden kommen, daß wir sie also auf das Jahr nach der Wahl verschieben?

Präsidentin Friebe: Frau Schumann, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Das klingt doch sehr danach, als ob man nicht weiß, was man eigentlich will.

Ich komme zum Schluß,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Na endlich!)

damit Sie sich nicht weiter aufregen müssen.

(D)

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Die SPD hat auch diese Kürzung akzeptiert, und Sie haben - sogar, sage ich - mit der Aufnahme einer neuen Zweckbindung im Grunde den Maßnahmen und Projekten weitere 200 000 DM herausgestohlen, indem Sie sagten: Aus den Mitteln, die angesetzt wurden, soll auch noch der zweite Weiterbildungstag in Nordrhein-Westfalen finanziert werden. Mit anderen Worten: Sie finanzieren ein Spektakel, und dahinter ist gar nichts.

Präsidentin Friebe: Frau Schumann, ich muß Sie wirklich bitten, jetzt zum Schluß zu kommen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ich komme zum Schluß. - Das ist mein Fazit. Das ist mein Resümee, nachdem ich hier drei Jahre miterlebt habe, wie inten-

(Schumann [GRÜNE])

(A)

siv man die Weiterbildung ignoriert. Der Weiterbildungsbedarf war noch nie so groß,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Fassen Sie sich doch kurz!)

aber die öffentliche Verantwortung dafür noch nie so unverantwortlich gering.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, damit haben wir die Runde abgeschlossen.

Ich rufe jetzt den zweiten Bereich bei Einzelplan 05 auf:

b) Kultur

Hier erteile ich der Frau Abgeordneten Prof. Möhrmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Alle Jahre wieder", könnte ich jetzt singen und das alte Lied anstimmen. Aber ich stimme es nicht an, und ich werde auch dieses Wort, dieses schreckliche, grausame, blutrünstige, obszöne - Sie wissen schon -

(B)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Neel)

heute nicht benutzen,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Sagen Sie es mal!)

obgleich ich weiß Gott nicht verstehe, warum mein Kollege Sprecher von der Mehrheits- und Machtfraktion

(Zurufe von der SPD: Oh!)

damals im November so aufgebracht war, als ich feststellte, daß die Abstimmungsmaschinerie wie die Guillotine funktionierte

(Beifall bei der CDU)

und all unsere Anträge ins Aus beförderte. Ich hätte ihn angemacht mit diesem Wort - Sie wissen schon -, machte er mich an, obgleich ich nie jemanden anmache - denn das machen meine Kinder.

(C)

(Beifall bei der CDU)

"Hätten wir Ihre Anträge früher gekannt, hätten wir ein anderes Ergebnis erzielt", versuchte er mich zu ködern.

Nun, dieses Mal waren unsere Anträge rechtzeitig bekannt und sind allesamt wieder - keine Angst, ich sage das Wort nicht - abgelehnt worden.

(Beifall der Abgeordneten Woldering [CDU])

Meine Damen und Herren, diese Rückblende ist nicht bloß Scherz, Satire, Ironie. Sie hat durchaus eine tiefere Bedeutung. Sie wirft ein klares Licht auf die Kulturpolitik des Landes. Der schöne Schein soll gewahrt werden, auch wenn die Sache schlimm ist. Kultur muß schmücken und sonst gar nichts. Oh du schmucke Landesregierung!

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Daß unsere Anträge allesamt von der Mehrheits- und Machtfraktion abgelehnt wurden, war schließlich die nackte Tatsache. Nur: Ich sollte sie nicht nennen.

(D)

(Widerspruch bei der SPD)

Die Hagiographie muß stimmen, auch wenn die Landesregierung Mist macht. Ich muß sie mit goldenen Worten singen, und so singe ich diesmal: Oh du liebe Landesregierung, ich danke dir,

(Beifall bei der SPD)

daß du in allmächtiger Kurzsichtigkeit unsere Anträge abgelehnt hast.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber kurzsichtig bleibt es, dabei bleibe ich, und diese Metapher ist keineswegs blutrünstig, denn unsere Anträge - Unterstützung der Musikschulen, Sicherung

(Dr. Möhrmann [CDU])

(A)

des Bibliothekswesens, flächendeckendes Theaterangebot auch für die Freien - stärken die kulturelle Infrastruktur, während die Landesregierung eher die Spektakilität unterstützt.

Sie tendiert dazu, als Ersatz für politische Erfolge die Großereignisse zu fördern, Feste zu Ehren des Fürsten und seiner Vasallen, Ausstellungen mit Showcharakter, Rummel im Jahrmarktsstil - denn wie sonst könnte sie immer noch in das Kölner Filmfest investieren, dessen Scharlatanerie selbst den Kölnern inzwischen zuviel geworden ist?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Kulturpolitiker sollten von Eitelkeiten frei sein und sich mit dem soliden und professionellen Betrieb der örtlichen Bibliotheken, der Sammlungen, der Theater und Orchester befassen,

rügt der Kultursoziologe Albrecht Göschel zu Recht die herrschende politische Klasse, denn das Spektakuläre läßt sich auch marktwirtschaftlich finanzieren,

(Zuruf der Abgeordneten Speth [SPD])

die solide kulturelle Infrastruktur hingegen nicht.

(B)

Darum geht es mir, meine Damen und Herren. Wir alle reden von der Ellenbogengesellschaft, dem Werteverlust, der zunehmenden Aggressivität, dem herrschenden Prinzip des catch as catch can, dem Konsumterror, von Orientierungslosigkeit und Bindungsverlust, von der Unmöglichkeit, in einer zunehmend computergesteuerten Welt überhaupt noch authentische Erfahrungen zu machen. Die Kette der Defizite ist ebenso lang wie trist.

Seien wir uns doch im klaren darüber: Es ist die Kultur, die das Gegengewicht zu all diesen isolierenden und isolierten Strängen bildet, die unser Leben mit Sinn erfüllt und mit Wärme, die unsere kreative Kompetenz freilegt und uns die Utopie des erfüllten Augenblicks fühlen läßt. Wir amüsieren uns zu Tode - im Spektakel vielleicht, nicht bei der kontinuierlichen Beschäftigung mit Kunst.

Die Identität unserer Gesellschaft leitet sich nicht bloß aus der Stabilität der D-Mark her, ebensowenig wie

sich das Europa der verschiedenen Nationen auf funktionale Marktmechanismen reduzieren läßt.

(C)

Ohne ein verbindendes kulturelles Band zerfällt das Ganze in kleine losgelöste Legosteine; denn Kultur ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Nehmen wir uns Japan zum Vorbild, die führende Industrienation. Dort weiß man nicht erst seit gestern, daß Kultur und Industrienation durchaus keine Gegensätze sind und die Einübung in kulturelle Kompetenz die *Conditio sine qua non* für solidarisches gesellschaftliches Handeln ist. So beruhen auch Innovation und Unterscheidungsleistung letztlich auf einer gemeinsamen dynamischen Kulturanstrengung.

Das muß gesehen werden; denn Kultur ist keine Schublade für sanfte Themen, kein Tummelplatz für Weltfremdlinge und andere Kauze und Käuzinnen. Kultur ist der Humus, den unsere Gesellschaft braucht, um überhaupt überleben zu können - heute mehr denn je.

(Beifall bei der CDU)

Das bitte ich die Landesregierung einzusehen. Dafür bitte ich sie, Prioritäten zu setzen und sich nicht von kurzichtigen Finanzexperten ins Bockshorn jagen zu lassen.

(D)

(Minister Schleußer: Das ist richtig!)

Ich weiß, ich bitte das alle Jahre wieder. Aber nur das, was man wieder und wieder hört, gräbt sich ins Gedächtnis der Mächtigen - sagte Cassandra. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frechen [SPD]: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie heute noch!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Gerritz das Wort.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Jetzt hat er es aber schwer! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das war schön, nicht?)

(A)

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, Frau Kollegin Möhrmann, daß Sie Ihre Rede so buchenswert entwickelt haben zu dem Zeitpunkt, als der Kulturausschuß - bestehend aus Ihrer Fraktion, der meinen, aus Herrn Dorn und Frau Schumann - den Etat verabschiedet hat. Da waren Sie gar nicht da, wissen also gar nicht, wie groß der Dissens in diesen Stunden war und wie groß der Konsens.

Richtig ist, daß wir Ihren Anträgen nicht zugestimmt haben. Richtig ist, daß ich aber auch nicht bereit bin, alle Jahre wieder Ihnen die Prozedur, wie wann auf welche Weise Anträge zustande kommen und wann sie nicht mehr zur Disposition stehen, zu erklären. Richtig ist, daß die Anträge der SPD von allen Fraktionen mitgetragen worden sind

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: So sind wir!)

- ich gucke gerade in die Runde; ich gehe davon aus, ohne Ausnahme mitgetragen worden sind - und daß in einigen Fällen unser Antrag ein Kompromiß zwischen uns, den GRÜNEN und Ihnen war. Sie haben beispielsweise, was die Düsseldorfer Schauspiel GmbH angeht, Anträge mit einem erheblich höheren Volumen gestellt. Man hat dann das niedrigste Volumen im SPD-Antrag als Kompromiß anerkannt. Also, die Harmonie war beträchtlich. Aber ich begründe und schildere gleich, warum es zu dieser in Etatberatungen recht merkwürdigen Harmonie gekommen ist.

(B)

Noch eine Bemerkung! Wenn Sie dem Kultusministerium und damit eigentlich auch uns im Kulturausschuß vorhalten, in Nordrhein-Westfalen würden zu viele Festivals betrieben, dann halte ich dafür, erstens, daß wir im Kulturausschuß darüber eine Diskussion führen, und zweitens, daß Sie in der nächsten Etatrede zumindest mehr als dieses eine Beispiel Köln präsentieren, das im übrigen schon gestern diskutiert worden ist.

Wenn, verehrte Kölner Kollegin, wir uns bemühen - und das mit großem Erfolg, wie auch die vereinigte Opposition mittlerweile anerkannt hat -, aus Nordrhein-Westfalen ein Filmland zu machen, das sich sehen lassen kann, im nationalen und mittlerweile auch im internationalen Vergleich, wenn wir dies mit

(C)

Erfolg tun und der Ort Köln dort aus verschiedenen Gründen eine zentrale Rolle spielt, macht es allemal Sinn, in einem solchen Zusammenhang auch über ein Filmfestival nachzudenken und dieses Festival nicht ausschließlich Berlin, Cannes, Venedig und weiß der Kuckuck wem noch zu überlassen. Dann geht es nicht darum, "sollen wir im Zusammenhang Kölns zusammen mit der Filmstiftung ein Filmfestival machen?", sondern zumindest gestern, als der Haushalt des Ministerpräsidenten beraten wurde, ging es nur noch um die Frage, ob wir es so dilettantisch machen müssen, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD] - Beifall bei der F.D.P.)

Dazu hat gestern - das ist im Protokoll nachzulesen - Herr Minister Clement das Seine gesagt; dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren! Man könnte als Sprecher der Mehrheitsfraktion im Kulturausschuß nach diesen Etatberatungen sagen: Es hätte noch schlimmer kommen können. Als gebeutelter und geprügelter Kulturpolitiker einer Viertelmillionenstadt im Lande sage ich, der Kulturhaushalt ist noch einigermaßen gut weggekommen; in keiner einzigen nordrhein-westfälischen Kommune ist dies so zu vermerken.

(D)

Nur: Wir wissen alle nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. Da scheint es mir notwendig zu sein, daß wir die Zeit bis zur Beratung des nächsten Kulturhaushalts nutzen, über künftige Strukturen auch im Kulturbereich in Nordrhein-Westfalen, im Land wie in den Kommunen, nachzudenken, um Schlimmerem gewachsen zu sein.

Ich sage auch, daß an der jetzigen Handhabung des Kulturhaushalts Kritik zu üben ist. Wir Kulturpolitiker - das ist gestern in einem anderen Zusammenhang gesagt worden - stehen mit dem Rücken an der Wand. Ich jedenfalls fühle mich als jemand, der mit dem Rücken an der Wand steht. Täglich werde ich von Organisationen angeschrieben, angesprochen, angegangen, ob Kulturpolitik nicht anders handhabbar ist.

Der Hauptstreitpunkt in Nordrhein-Westfalen sind unsere Theater. Da frage ich mich, der ich gezwun-

(Dr. Gerritz [SPD])

(A)

gen bin zu entscheiden, hier zu entscheiden, in meiner Stadt zu entscheiden - ich habe mich in meiner Stadt entschieden, den Theatervertrag unseres Gemeinschaftstheaters, eines Fusionstheaters zwischen Krefeld und Mönchengladbach, um an Strukturveränderungen heranzukommen, zu kündigen -, als einer der genötigt ist, hier und in der Kommune solche Entscheidungen zu treffen:

Wo sind denn eigentlich diejenigen, die in der Lage wären, uns angemessen zu beraten? Ich meine die Intendanten. Mir ist keiner bekannt, der diesem Ausschuß und den kommunalen Kulturausschüssen weise Ratschläge erteilt hätte. Ich behaupte, Sie könnten es, aber Sie tun es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Da in einigen Städten das Problem der Bibliotheken sehr virulent diskutiert wird, auch unter dem Gesichtspunkt der Schließung von Stadtteilbibliotheken: Wo eigentlich sind die vereinigten Bibliotheksdirektoren, die denen behilflich sind, die gezwungen sind, solche Entscheidungen zu treffen?

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B)

Kein Kulturpolitiker spricht einer Kürzung von Kulturhaushalten aus Daffke das Wort,

(Zustimmung bei der SPD)

sondern weil er die Alternativen kennt. In meiner Stadt war die Alternative beispielsweise, Kindergärten zu schließen. Wir wußten, daß wir unser kommunales Wohnbauprogramm hätten einstellen müssen, wenn wir an das Theater nicht herangegangen wären. Wir hätten noch mehr Obdachlose produziert, als sich ohnehin in den letzten Jahren entwickelt haben.

Mich wundert, daß von denen, die als passabel dotierte Kulturbeamte in unseren Kommunen und unserem Land tätig sind, so wenig Kontakt zu denen gesucht wird, die entscheiden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Ich hoffe, das ändert sich.

(C)

Deshalb kommen wir, verehrte Frau Kollegin Möhrmann, mit unserem Theaterantrag leidigerweise so wenig Schritte vorwärts. Vor ein paar Tagen haben wir eine solche anderthalbstündige Diskussion in der Kulturstiftung des Landes geführt. Auch da fand das Verschieben des Schwarzen Peters wieder statt.

Nun zu einigen Anträgen der SPD-Fraktion: Wir haben nicht akzeptiert, daß die Selbstverwaltung der Soziokulturellen Zentren, nämlich der Landesarbeitsgemeinschaft, von der Landesregierung ausgehöhlt und aufgegeben wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bitte Sie, wenn wir so etwas tun oder wenn eine Landesregierung so etwas tut, dieses Selbstverwaltungsphänomen, das wir in der Kultur vor 15 Jahren eingeführt haben, auf den Prüfstand zu stellen - da sind die Literaturbüros gemeint, da ist das Frauenkulturbüro gemeint, da sind die beiden anderen Kulturbüros gemeint, die sich der Soziokultur annehmen -, dann, bitte sehr, nicht eines herausgreifen

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und gegen die Interessen aller betroffenen Soziokulturellen Zentren eine solche Entscheidung treffen. Wir haben das nicht mitgemacht.

(D)

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Schauspielerschule Bochum. Wir wissen, daß mit den 100 000 DM, für die wir uns alle entschieden haben, das Problem Bochum nicht gelöst ist. Wir wissen auch, daß die Struktur Bochum eine völlig andere ist als die der Folkwanghochschule. Die eine ist privat, die andere ist in der Obhut des Wissenschaftsministeriums.

Dennoch: Die Städte sind benachbart. Sie befassen sich alle mit dem Theater. Wir bitten die Landesregierung, über eine brauchbare Struktur, die Kooperationen zwischen Bochum und Essen nicht ausschließt, nachzudenken und dem Kulturausschuß im Laufe des Jahres einen passablen Vorschlag zu präsentieren.

Ich gehe davon aus, daß es dem Landtag kaum möglich sein wird, Jahr für Jahr für die private Schau-

(Dr. Gerritz [SPD])

(A)

spielschule Bochum einen 100 000-Markschein zusätzlich draufzulegen.

(Zustimmung bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung hat uns einen - von der Analyse her, aber auch von dem Mut her, die Defizite anzuerkennen - exzellenten Bericht über die Situation der Landesbibliothek in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit den Landesbibliotheken in anderen Bundesländern präsentiert.

Wir kannten die Situation schon vorher, aber nicht in dieser Dringlichkeit. Wir haben daraus Konsequenzen gezogen und 200 000 DM - auch dieser Antrag ist von allen akzeptiert worden - zur Verfügung gestellt, um einige der besonders krassen Lücken zu beseitigen.

Wir halten es für dringend erforderlich, im Bereich der Landesbibliotheken weiterzuarbeiten. Sie wissen, wir haben uns in Nordrhein-Westfalen für ein dezentrales Modell unter Einbezug dreier Universitäten entschieden.

Meine Damen und Herren! Wir haben - sage und schreibe - 70 000 DM für die Chöre zur Verfügung gestellt. Zu diesem Thema will ich mich später noch einmal äußern.

(B)

Wenn ich vorhin gesagt habe, es hätte alles noch schlimmer sein können, sage ich das auch in Anerkennung der Tatsache, daß die Landesregierung durchaus nicht nur auf der Stelle getreten ist und gekürzt hat, sondern sich auch einiges Neues hat einfallen lassen bzw. notwendige Entscheidungen getroffen hat.

Ich denke, sie hat die richtigen Konsequenzen aus dem Staatsvertrag, den wir mit den drei nordrhein-westfälischen jüdischen Organisationen geschlossen haben, gezogen. Wir sind jetzt in der Lage, Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn - das ist an mehreren Stellen in Nordrhein-Westfalen notwendig - Bethäuser, Synagogen, Gemeindezentren zu erweitern sind. Die Möglichkeiten sind gegeben. Dafür ausdrücklichen Dank.

(C)

Da wir alle gemeinsam in diesem Hause diesen Staatsvertrag akzeptiert haben, sind wir der Landesregierung alle gemeinsam dankbar, daß sie so schnell die Konsequenzen gezogen hat.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, darf ich Sie daran erinnern, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist?

(Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD]: Frau Präsidentin, mir ist gesagt worden, da eine zweite Runde nicht stattfände, könnte ich die paar Minuten noch hinzunehmen.)

- Nein. Kommen Sie bitte zum Schluß.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Dann will ich es beschleunigen.

Ich will mich zum Thema Laienmusik äußern. Die SPD-Fraktion hat zu Beginn der Legislaturperiode die Entscheidung getroffen, am Ende der Legislaturperiode stände der Laienmusik 1 Million DM zur Verfügung.

Wir waren dem Ziel sehr nahe gekommen.

Dann kam die globale Minderausgabe: minus 140 000.

(D)

Danach waren die Vorstände bei Professor Farthmann. Der ist zu der Einsicht gebracht worden, daß hier dringend etwas getan werden muß: plus 200 000 DM.

Wir haben vor wenigen Wochen diese 200 000 DM auch verabschiedet, sie stehen im Nachtragshaushalt.

Die globale Minderausgabe von 140 000 DM in 1993 wurde, von niemandem im Grunde irgendwo beschlossen, in 1994 übernommen. Unser Antrag: nicht 140 000 minus ein zweites Mal, sondern nur 70 000 DM minus; deshalb unser Antrag: 70 000.

Der nächste Schritt des Desasters: Die 200 000 DM aus dem Nachtragshaushalt - wie gesagt: vor vier Wochen, sechs Wochen verabschiedet - sind der Ausgabensperre zum Opfer gefallen.

(Dr. Gerritz [SPD])

(A)

Mir liegt hier - ich habe keine Zeit mehr, ihn zu verlesen - ein Brief der Chororganisation vor. Sie versucht, dieses Dilemma von der Basis her widerzuspiegeln, das ich hier an diesem einen Beispiel formuliert habe.

Ich darf die Landesregierung dringend darum bitten, die Politik des gesamten Ausschusses oder zumindest der Mehrheit nicht gleich mehrfach im Jahr so zu konterkarieren, daß wir nicht einmal mehr einen Ansatz von Chance haben, unsere politischen Vorstellungen den Menschen draußen klarzumachen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Keiner glaubt uns, wenn wir hier Entscheidungen treffen, die dann von der Landesregierung an uns vorbei wenige Wochen später - und das gleich viermal in einem Jahr - außer Kraft gesetzt werden.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Das darf so nicht sein!

Nun haben wir erneut eine globale Minderausgabe für 1994, wenn auch in geringerem Maße. Ich darf dringend darum bitten, den Kulturhaushalt nicht ein zweites Mal so zu malträtieren, wie es geschehen ist.

(B)

Ich hatte mir dann noch eine etwas persönlichere Schlußbemerkung einfallen lassen. Ich verkürze sie und bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen - -

Präsidentin Friebe: Herr Kollege!

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Ich bin beim letzten Satz, Frau Präsidentin.

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Kulturausschusses. Es ist für mich immerhin überraschend - Frau Möhrmann, Sie mögen das hier satirisch darstellen; ich habe keinen Grund dazu - zu erleben, daß selbst in schwierigen Etatberatungen die Zusammenarbeit und die Artikulation gemeinsamer Interessen zwischen den vier Fraktionen vorzüglich

(C)

funktioniert. Ich hoffe, in meinem letzten Jahr gelingt uns das gemeinsam auch noch. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Dorn das Wort.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In 10 Minuten kann man nur wenige Punkte einer kulturpolitischen Debatte aufgreifen. Ich will mich darauf dann auch beschränken.

Frau Kollegin Möhrmann, Ihr Urteil über das Filmfestival in Köln ist natürlich neu. Im vorigen Jahr haben Sie noch mit darum gekämpft, 400 000 DM dafür im Haushalt zu haben, obwohl schon drei Jahre vorher dieses Filmfestival eine eindeutige Pleite war. In diesem Jahr haben Sie aber im Kulturausschuß gesagt, Sie hätten auch kritische Bemerkungen zu machen; doch als Kölnerin könnten Sie sich dazu nicht äußern.

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: Wir machen eben Denkprozesse durch!)

(D)

Ich vermag auch Ihre Bemerkung, Kultur sei kein Tummelplatz für Käuze, so generell nicht zu unterstreichen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn in der Kultur schon keine Käuze mehr auftreten dürfen, wo sollen sie denn dann noch auftreten, verehrte Kollegin?

(Erneut Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und SPD)

Nun, die Festival-Diskussion, Herr Kollege Dr. Gerritz, wollen wir hier nicht noch weiter vertiefen. Nur kann man nicht alle geplanten Festivals - und das Kölner Festival schon gar nicht - mit Berlin und Cannes vergleichen, die internationale Festivals der

(Dorn [F.D.P.]

(A)

internationalen Vereinigungen sind. Ob Köln da jemals hineinkommen könnte, das wage ich nach allen bisherigen Erfahrungen sehr ernsthaft zu bestreiten.

Meine Damen und Herren! Die Beratungen im Kulturausschuß waren trotz aller Meinungsverschiedenheiten auch in diesem Jahr zwischen den Fraktionen sachlich und angenehm. Das will ich doch hier noch einmal sehr deutlich machen.

DIE GRÜNEN wollten unendlich viele Millionen mehr ausgeben, ohne auch nur einen einzigen Deckungsvorschlag unterbreiten zu können;

(Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜNE])

denn der Verkauf der Westdeutschen Landesbank - Entschuldigung, Frau Schumann; vielleicht können Sie das nachher noch einmal vortragen und begründen - ist ja wohl kein ernsthafter Deckungsvorschlag in diesem Hause!

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die CDU-Fraktion wollte im Kulturhaushalt viele Millionen weniger ausgeben. Im Endergebnis haben Sie gesagt, Frau Möhrmann: Wie der Fraktionsvorstand befahl, haben wir diese Anträge auf Kürzungen im Kulturhaushalt gestellt. Gott sei Dank ist die Mehrheit der Mitglieder im Ausschuß dann nicht darauf eingegangen.

(B)

Aber einige Anträge von unterschiedlichen Fraktionen fanden allgemeine Zustimmung, Anträge, die differenziert und abgestuft von verschiedenen Fraktionen eingebracht wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein mahnendes Wort, Herr Minister, auch im Anhang an das, was Herr Dr. Gerritz zu dem Bereich Musik gesagt hat, zu der Darstellung Ihres Hauses hinsichtlich der Zuschüsse für die Neue Schauspiel GmbH in Düsseldorf sagen.

Die Anträge von GRÜNEN, CDU und SPD waren sehr eindeutig. Der geringste Antrag war der von der SPD: eine Kürzung um 350 000 DM. Nachdem die

beiden anderen Anträge abgelehnt worden waren, hat es eine einmütige Zustimmung zu diesem Antrag gegeben.

(C)

Die Darstellung Ihres Herrn Staatssekretärs dazu im Ausschuß war ja in der Sache völlig abwegig. Das muß man hier auch noch einmal betonen. Und Ihr Brief bringt leider die Argumentation wiederum auf das falsche Gleis; denn die Geschäftsführung der GmbH in Düsseldorf und der Aufsichtsrat unterliegen dem GmbH-Gesetz in allen entscheidenden Positionen. Das, was Ihr Staatssekretär vorgetragen hat, war die Argumentation für ein Staatsschauspielhaus, aber nicht für eine GmbH. Deswegen ist auch Ihr Brief vom 27. November nach der Sitzung und der Entscheidung im Kulturausschuß so nicht zu akzeptieren.

Im Haushalt haben Sie selber vorgetragen, daß 20 Stellen 1993/94 und 29 Stellen 1994/95 weniger da sind. Das ist also eine Einsparung von über 5 Millionen DM. Wenn wir den Anteil des Landes annehmen und dann zugrunde legen, was die SPD-Fraktion in ihrem Kürzungsantrag vorgeschlagen hat, ist das das mindeste, was man überhaupt noch akzeptieren konnte. Eigentlich hätte man von der Sache her dem CDU-Antrag, der wohl der weitestgehende in dieser Sache war, seine Zustimmung geben müssen.

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: So ist es!)

(D)

Nun ein anderes Gebiet: die Bibliotheken.

Die Gefahr von Schließungen ist allgemein eine Gefahr, die wir sehen. Hier muß, wie es Herr Dr. Gerritz vorgetragen hat, mit den Betroffenen geredet werden. Es muß auch mit den Vertretern der Landkreise gesprochen werden, daß die Büchereibusse in den Landkreisen auf jeden Fall die Mindestversorgung der Kommunen in diesem Bereich sicherstellen.

Ich will auch nicht verschweigen, daß die Bundeskürzungen im Kulturbereich, die Einzeletatkürzungen im Landesbereich und das Absinken des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz von früher 28 % auf jetzt 23 % unerhört schwierige Positionen auf der Gemeindeebene haben entstehen lassen.

(Zustimmung von der F.D.P.)

(Dorn [F.D.P.]

(A)

Hier ist die Aufgabe besonders schwierig, weil die Kultur allgemein als freiwillige Leistung angesehen und dort zuerst zugeschlagen wird. Deshalb, Herr Minister, ist die Kürzung in diesem Bereich um 900 000 DM im Landeshaushalt von uns so nicht zu akzeptieren.

Ich möchte einen anderen Vergleich bringen, und zwar im Bereich der Literaturförderung.

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt für die Literaturförderung 950 000 DM aus - bei 17 Millionen Einwohnern. Das Land Mecklenburg-Vorpommern mit 2,4 Millionen Einwohnern gibt 950 000 DM aus. Das ist genauso viel wie NRW.

(Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD]: Allerdings, da tun die Kommunen nichts!)

- Entschuldigung, Herr Dr. Gerritz, ich habe mir diese gesamten Zahlen im einzelnen von den Bundesländern dartun lassen, weil ich über dieses Thema in der Rijksuniversiteit in Maastricht einen Vortrag halten mußte.

Sachsen-Anhalt gibt 1,3 Millionen DM für Literaturförderung aus, Niedersachsen hält die Spitzenposition mit 1 730 000 DM. Wir: 950 000 DM. Der NRW-Ansatz ist gegenüber dem Vorjahr auch noch um 47 000 DM gekürzt worden. Gott sei Dank haben wir in einem Teilbereich, nämlich bei den Autorenlesungen, auf Antrag der SPD-Fraktion 10 000 DM zusätzlich noch retten können.

(B)

Herr Minister, ich will Ihnen ein zweites Beispiel zum Thema Literaturförderung nennen. Für die Druckkostenzuschüsse und die Ankäufe stehen in unserem Land 40 000 DM im Haushalt. Das Land Thüringen - mit unserer Größe und der Einwohnerzahl wohl kaum zu messen - hat 56 000 DM, das Land Schleswig-Holstein 60 000 DM, das Land Niedersachsen 100 000 DM und das Land Hessen 325 000 DM allein für diese Position im Landeshaushalt - gegenüber 40 000 DM in NRW.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Letztes Beispiel: Arbeitsstipendien für Schriftsteller und Übersetzer. Nordrhein-Westfalen: 80 000 DM,

(C)

Niedersachsen: 230 000 DM, Berlin: 925 000 DM. - NRW: 80 000 DM. Ich will das jetzt nicht fortführen.

Die Literaturförderung in Nordrhein-Westfalen ist, gemessen an der Größe - manche sagen auch: an der Bedeutung - des Landes, völlig unzureichend. Sie ist eine Quantité négligeable im Vergleich zu anderen Bundesländern. Eine schlimme Entwicklung, sage ich.

In der Frage "Stiftung Preußischer Kulturbesitz" waren wir uns einig, daß der Zuschuß geringer sein kann, weil die Beteiligung der neuen Bundesländer im Haushalt 1994 zum erstenmal greift. Wir sind auch befriedet darüber, daß der Zuschuß der Kulturstiftung der Länder auch durch das Land NRW erhöht worden ist.

Zum Abschluß, Herr Minister, möchte ich doch um eine Unterstützung bitten:

In der Entwicklung der bundespolitischen Entscheidungen ist eine ganz gefährliche Phase eingetreten. Artikel 35 des Einigungsvertrags sollte die kulturelle Substanz in den neuen Bundesländern erhalten. Der Bundesfinanzminister hat im Rahmen der Haushaltsberatungen die radikale Kürzung und Streichung dieser Positionen verlangt mit dem Argument, der Bund sei für die Kultur nicht mehr zuständig, Kultur sei Ländersache. Im Haushaltsausschuß des Bundestages wird diese Position weitgehend geteilt. Die kulturpolitischen Verpflichtungen des Bundes aus den letzten 20, 25 Jahren werden mit einer Handbewegung beiseite geschoben, und man versucht das trickreiche Verfahren, auf dem Wege der der Treuhand unterstehenden Vermögen der SED und ihrer Nachfolgepartei Kulturfinanzierung im Rahmen des Bundeshaushalts durchzuführen. Eine unzumutbare Entscheidung auf der Bundesebene, meine Damen und Herren!

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P. und des Abgeordneten Dr. Gerritz [SPD])

Ich bin der Meinung, Herr Minister, die Landesregierung wäre gut beraten, wenn sie Aktivitäten im Bundesrat ergreifen und zum Ausdruck bringen würde, daß dieses Verfahren angesichts der Verantwortung

(Dorn [F.D.P.]

- (A) des Bundes im kulturpolitischen Bereich auf keinen Fall hingenommen werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Gerritz hat hier ganz zu Recht von der guten Atmosphäre gesprochen, die wir - auch bei Differenzen - im Kulturausschuß haben. Ich möchte einmal behaupten, daß ein Gutteil dieser guten Atmosphäre Ihrer Person, der Art und Weise, wie Sie mit anderen Standpunkten umgehen können, geschuldet ist. Sie haben keinen unserer Anträge denunziert, auch heute nicht.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Wo passiert das denn?)

Das schätze ich an Ihnen.

- (B) Sie verteidigen auch die Landesregierung nicht mit Zähnen und Klauen. Im Gegenteil! Sie haben auch hier heute deutlich gemacht, daß es Kritik gab, und Sie haben eine Korrektur benannt, an der wir uns im Sommer 1993 massiv gerieben haben. Ich habe hier darüber geredet und durfte nur die Protestbriefe der Soziokulturellen Zentren vorlesen. Sie haben die Korrektur vorgenommen, und das finde ich großartig. Das spricht eben für einen Kulturpolitiker, der Format hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Schwier: Vorsicht! Vorsicht!)

Ich will aber nicht nur Elogen halten. Ich wollte nur sagen, weshalb ich mich jetzt im wesentlichen mit der Landesregierung auseinandersetzen möchte, nicht mit Herrn Dr. Gerritz und seinen Getreuen, denn ihnen ist es offensichtlich nicht gelungen, Korrekturen - um es so zu sagen - am Haushalt anzubringen. Ich werde deshalb mit der Landesregierung reden.

(C) Die generelle Tendenz des Kulturhaushalts, Herr Kultusminister, ist eine von uns wirklich stark kritisierte, nämlich daß Sie Ihre eigenen Einrichtungen absichern - nennen Sie das Festival, nennen Sie das Staatstheater, nennen Sie das, wie Sie wollen -, aber den kommunalen Zuschüssen wird der Hahn abgedreht. Das heißt, dieses Bild geht jetzt ein bißchen zu weit. Ich müßte genauer sagen: Sie kürzen da.

Das machen Sie, obwohl Sie wissen, daß die Kommunen angesichts der Finanznot - verschuldet durch Bonn - den Rostift bei den freiwilligen Leistungen natürlich zuallererst bei der Kultur ansetzen. Dabei ist wiederum die Basiskultur besonders gefährdet. Der Basiskultur - sage ich einmal - bläst jetzt von vielen Seiten der Wind ins Gesicht. Die Kürzung der AFG-Mittel macht sich bemerkbar. Das bedeutet personelle Engpässe, Einschränkungen, eher mehr Ehrenamtlichkeit. Örtliche Zuschüsse für Personal- und Mietkosten werden von den Kommunen gekürzt. Die Projektmittel des Landes werden um 160 000 DM - das ist dieser berühmte Feuerwehrtopf, Titelgruppe 90 - gekürzt. Dann kommen Steuernachzahlungen in ungerechtfertigter Art von den Finanzämtern für bestimmte Einrichtungen hinzu. Wenn das alles zusammenkommt, ist das eine Katastrophe zum Beispiel für eine soziokulturelle Einrichtung.

(D) Diese Einrichtungen werden von uns tatsächlich wichtig genommen. Deswegen achten wir auch darauf, daß sie auch vom Land genügend gefördert werden, weil sie kulturelle Einrichtungen sind, die, ohne große Worte darum zu machen, interkulturelle Arbeit zu ihrer alltäglichen Arbeit zählen. Das macht sich dadurch bemerkbar, daß ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen diese Einrichtungen viel stärker besuchen als sonstige Kulturinstitute oder Kulturangebote, die es gibt. Es macht sich inhaltlich an den Angeboten und an den Programmen selber bemerkbar. Deswegen finden wir es selbstverständlich, daß aus dieser Richtung heraus Soziokultur in Nordrhein-Westfalen abgesichert wird.

Wir haben gesagt, wir sehen eine große Gefahr für diese Kultur auf uns zukommen. Das kann über Nacht geschehen, wenn plötzlich Haushaltssperren verordnet werden, die überhaupt nicht vorgesehen waren. Wir haben gesagt, für die Absicherung dieser Einrichtungen möchten wir einen Notfonds von 1 Million DM

(Schumann [GRÜNE])

(A)

neu im Haushalt einrichten. Damit soll sichergestellt werden, daß keine Panikentscheidungen in den Kommunen getroffen werden und daß man sich noch einmal überlegen kann, wie man Basiskultur auch vor Ort weiterhin ermöglicht.

Die traditionellen kommunalen Kulturinstitute werden ebenfalls vom Land um den Preis ihrer Breitenwirkung - Demokratisierung der Kultur sage ich nur - auf Magerkost gesetzt. Ich nenne jetzt Beispiele: Die Museen im Lande bekommen bei einem insgesamt geringen Ansatz eine Kürzung von fast 1 Million DM mit diesem Haushalt reingewürgt.

Aber was beobachte ich auf der anderen Seite? Das Land ermöglichte der Kunstsammlung NRW mit Hilfe der WestLB im Sommer einen Ankauf in Millionenhöhe. Das geschah im Vorgriff auf den diesjährigen Haushalt. Das nenne ich wahrhaft unbürokratische und großzügige Hilfe. Aber was tut man als Ministerpräsident dieses Landes nicht alles, wenn man den Museumsleiter - koste es, was es wolle - halten will? Das finde ich grauenhaft. Ich finde, das ist skandalös. Da brauche ich jetzt nicht großartig herumzutönen; ich sage das auch in aller Ruhe. Aber ich wollte es einfach einmal in diesem Hause ausgesprochen wissen.

(B)

(Minister Schwier: Das haben Sie jetzt ja!)

Beispiel zwei: Die Förderung des kommunalen Bibliothekswesens wird um über eine halbe Million gekürzt. So wird der Prozeß der Zentralisierung von Bildungs- und Kulturarbeit natürlich beschleunigt. Dabei ist das Land der Dichter und Denker - dazu gehört ja wohl auch Nordrhein-Westfalen, nehme ich an, oder will dazugehören - das mit Bibliotheken unterversorgteste Land. Es gibt Gemeinden, die noch nicht einmal eine haben. Dann müssen die Kirchen irgendwie mit ihren Beständen aushelfen. Ich finde das grotesk. Wenn man Filmland NRW sein will, hat man in seinen Gemeinden keine Bibliothek, statt dessen Filme - wunderbar. Es fragt sich nur, welche.

(Minister Clement: Hervorragend! Beste Kinolandschaft in Deutschland!)

Beispiel drei: Volkshochschulen als Träger kultureller Weiterbildung. Hier verhält sich das Land schon

(C)

lange nach dem Drehbuch der sozialdemokratischen kommunalpolitischen Vereinigung. Ich merke mir immer nicht das Kürzel. Dieses Drehbuch heißt: "Einsparen und die Kultur dem Markt überlassen". Was das bedeutet, können wir jetzt in Bottrop sehen, wie der Bavaria-Park, der ja irgendwie eingeknickt ist, jetzt von Warner Brothers übernommen werden soll, zur Unterhaltung der Massen, die dahingekarrt werden bzw. selbstverständlich mit dem PKW kommen. Herr Kniola wird schon für den Anschluß sorgen, Anschluß und Zuschuß. Das werden wir alles erleben. Das sind genau die Projekte, die nicht bedeuten: Demokratisierung der Kulturpolitik, sondern: Überlaßt die Kultur dem Markt! Wir machen nur das Nötigste, damit das Kind in die Gänge kommt und kommerziell floriert. - Danke, nein.

Beispiel vier: Theater. Ein Minus von fast 4,5 Millionen DM. Es wird nicht danach gefragt, wie die Theater - ich bin auch für Theaterstrukturreform - über Nacht mit so einer Kürzung fertigwerden sollen. Wenn wir Reformansätze wollen, ist es kontraproduktiv, durch drastische Kürzungen Verzweiflungsreaktionen oder Panikreaktionen hervorzurufen. Wir wollen konzeptionelle Strukturveränderungen. Die werden, glaube ich, so am schlechtesten hervorgebracht.

(D)

Wenn man dann im Kulturausschuß bei der Beschlussfassung die massiven Versuche - ich bin immer noch beim Theater - des Staatssekretärs beobachtet hat, die Zuschüsse für die Neue Schauspiel-GmbH in Düsseldorf - ein 50%iges Landeskind - mit allen Mitteln gegen die Kürzungsvorschläge der Fraktionen zu verteidigen, dann merkt man, was gespielt wird, die offenkundige Bevorzugung bestimmter Projekte in Landeshand, und wünscht sich eine solche Verteidigung gegen den Sparhammer nicht nur für das Düsseldorfer Staatstheater.

Die Beachtung dessen, was klein ist und was es von daher schwer hat - so heißt auch ein Programm des Kultursekretariats -, ist der Landesregierung abhanden gekommen. Bester Beweis ist die Kürzung der Zuschüsse für die beiden Kultursekretariate im Lande um 80 000 DM. Diese Sekretariate ermöglichen ihren kleinen Mitgliedsstädten über Vernetzung Kulturangebote, die sie aus eigener Kraft nicht auf die Beine stellen können. Die erste Auswirkung einer dieser

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Kürzungen liegt uns schon schriftlich vor. Da ist nämlich beschlossen worden, daß für gemeinsame Kulturarbeit unter dem Zwang der allgemeinen Sparmaßnahmen das Engagement des Sekretariats beim Treffen der freien Theater in NRW zurückgenommen wird und 30 000 DM an Preisgeldern, die das Kultursekretariat vor gar nicht längerer Zeit selbst zur Verfügung gestellt hat, ersatzlos gestrichen werden.

Hier deutet sich von der Tendenz her etwas an: nämlich der Rückzug aus der Förderung der freien Szene. Ich hatte dies anfänglich schon als die große Gefahr beschrieben, die für die Kulturlandschaft droht. Das ist jetzt eine Maßnahme, die dem Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit möglicherweise aufgezwungen wurde, und eine Folge dieser Kürzungen.

Jahr für Jahr wird die Filmstiftung NRW weiter aufgebläht. Damit meine ich die wirtschaftlich orientierte Filmstiftung. Dem steht eine jährlich mickriger werdende kulturelle Filmförderung durch das Filmbüro NRW gegenüber. Ich sage das bewußt so: auf der einen Seite aufgebläht und auf der anderen Seite mickrig.

(Minister Clement: Weil Sie einen zu engen Kulturbegriff haben!)

(B)

- Ich möchte gerne einmal eine Stellungnahme dazu von Ihnen haben, was Sie sich bei einer solchen Förderung eigentlich denken. Das bedeutet nämlich: Sie decken die Großprojekte ab, aber bei dem Feld der mittleren und kleineren Projekte, dort, wo sich Innovation abspielt und künstlerisch viel tut, ist das Filmbüro durch diese Kürzung nicht mehr in der Lage, das mit den Etatmitteln abzudecken.

Der Trend zum Marktgängigen ist uns geläufig. Aber ich meine, Warner Brothers machen sich hier breit, wir brauchen also keinen Ersatz für Warner Brothers durch eine entsprechende Produktion durch NRW.

Ich könnte noch eine Weile weitermachen. Ich möchte aber das wichtigste Projekt, für das wir einen herausgehobenen Antrag noch einmal in der zweiten Lesung stellen, kurz erwähnen. Das ist das Projekt "Arcadas-Theater" in Köln. Es ist ein überregionales Projekt; es geht ja immer darum: Ist das, was wir von Landesseite fördern, von überregionaler Bedeutung

oder nicht? Es ist ein überregionales Projekt, weil es ein Tourneetheater ist. Und es ist einzigartig, weil es das einzige deutsch-türkische oder türkisch-deutsche Theater in Nordrhein-Westfalen ist. Es hat eine Brückenfunktion zwischen den Kulturen. Es hat seinen Platz, einen einzigartigen Platz, in einer multikulturellen Landschaft. Wenn wir das nicht sein wollen, dann müssen wir das sagen.

Ich habe mir gedacht, daß wir uns hier unter den Fraktionen des Landtags noch einmal überlegen, ob wir dieses Projekt auf Dauer nur halbherzig unterstützen wollen, nämlich mit 30 000 bis 40 000 DM pro Jahr, oder ob wir ihm eine reelle Perspektive kontinuierlicher Entwicklungsmöglichkeiten geben wollen. Dafür bräuchte das Theater einen Personalkostenzuschuß von 300 000 DM.

Roberto Ciulli, der ja hier im Lande sehr geschätzt ist, Chef des Theaters an der Ruhr, hat auf die kulturelle Unterversorgung der türkischen Bürgerinnen und Bürger hingewiesen. Er hat neulich gefordert, daß mindestens einmal im Monat an den Stadttheatern ein Programm für türkische Bürgerinnen und Bürger gemacht wird, um auch den türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Theater zu öffnen, denn die Schwelle, dorthin zu gehen, ist noch riesig.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Schumann, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit hinweisen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ja, das ist mein letzter Satz.

Unter diesen Umständen sollte es uns doch selbstverständlich sein, daß eine anerkannte und einmalige Einrichtung wie das Arcadas-Theater aus den jährlichen Überlebenskämpfen um die Finanzierung der Personalkosten befreit wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kultusminister Schwier, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

(C)

(D)

(A)

Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist nicht das Land der Staatskultur, sondern der Stadtkultur, der Bürgerkultur. Das habe ich schon oft gesagt, und das wird so bleiben. Ich habe den Eindruck, darin gibt es auch eine Übereinstimmung in unserem Hause.

Die Folge davon ist natürlich auch, daß bei vielen Vergleichen mit anderen Ländern, in denen das traditionell oder gewollt anders ist, das Ergebnis so ausfällt, wie das gelegentlich vorgetragen wird. Wenn ich mit Staaten, die eine monarchische Tradition und große Staatsbibliotheken und ähnliches geerbt haben - gewollt oder ungewollt -, vergleiche, dann komme ich zu einem schlechten Bild für Nordrhein-Westfalen.

Bei den neuen Ländern warne ich, Vergleiche anzustellen. Da gilt ähnliches wie für den Vergleich der Schulsysteme. Dort hatten wir eine ausschließlich zentral gesteuerte und finanzierte Kulturlandschaft.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das ist schon seit zwei Jahren völlig abgestellt!)

- Diese ist inzwischen abgestellt und auf andere Beine gestellt, nur diese Beine tragen noch nicht, erst recht nicht die kommunalen, weil dort zum Beispiel die Kommunalreform noch nicht zu leistungsfähigen Kommunen geführt hat. Auch für die Länder gibt es große Probleme, zumal diese Länder an vielen Stellen noch die kommunalen Leistungen ersetzen müssen. Ich bitte deshalb, hier vorsichtig zu vergleichen.

(B)

In dem Zusammenhang, Herr Kollege Dorn, haben Sie absolut recht: Wenn jetzt der Bund hergeht und sagt, das sei Angelegenheit der Länder, ohne die Länder - ich will hier keine Schuldzumessung vornehmen - schon in den Stand gesetzt zu haben, diese Rolle tatsächlich zu spielen, dann droht vieles zwischen den Rost zu fallen, was nicht dahingehört.

Ich bitte aber, wenn wir zur Schriftsteller- und Übersetzerförderung Vergleiche anstellen - und ich finde es ja großartig, daß es im Kulturausschuß immer wieder Mitglieder gibt, die ein besonderes Feld der Kulturförderung auch besonders mit dem Herzen und mit ihrer Erfahrung zu stützen versuchen -, doch auch einzubeziehen, daß Nordrhein-Westfalen sich ja zum

(C)

Beispiel bei der Förderung und Unterhaltung des Übersetzerkollegiums in Straelen nicht lumpen läßt, wenngleich auch das seine Probleme hat.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Aber es gibt auch in anderen Ländern andere Einrichtungen! Die habe ich nicht einbezogen!)

- Richtig, aber es gibt nicht in allen Ländern Einrichtungen dieser Qualität. - Ich will es überhaupt nicht in irgendeinen Zweifel ziehen, daß ein paar oder viele Millionen DM im Kulturhaushalt mehr den dort vereinigten, zumeist gemeinsam Streitenden viel Freude gebracht und auch eine gute Verwendung gefunden hätte. Nur, das ist nicht so.

Wenn ich noch einmal auf diesen Begriff der "Stadtkultur" zurückkomme, hat hier das Land die Pflicht, kein schlechtes, sondern ein gutes Beispiel zu geben. Das tun wir immer noch - nicht, indem wir uns hinstellen und sagen: Bei Kultur ist alles unverzichtbar, da muß immer was drauf, auch wenn es keiner bezahlen kann, sondern -, weil wir den Versuch einer gerechten und angemessenen Behandlung gemacht haben. Ich denke, das ist wieder gelungen.

Diese Gleichbehandlung, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt leider auch bei Haushaltssperren, wenngleich ich zugebe, daß dieser eine ein besonders harter und den Absichten der Kulturpolitiker - da schließe ich mich ein - widersprechender Eingriff war. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage: Ich habe natürlich die Freigabe beantragt. Ob sie erfolgt, werden wir sehen müssen. Aber ich kann nicht hergehen - das würde übrigens auch für den Notfonds, Frau Kollegin Schumann, der auch ein Anreiz für Kommunen sein könnte, den Notfall herzustellen - -

(D)

(Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜ-NE])

- Sie wissen, wie es mit dem Geld geht. Auch dieser Fonds würde im Falle einer Haushaltssperre genauso darunterfallen. Das ist nun einmal so.

Eingangs wurde wieder einmal ein bißchen darüber geklagt, wie es denn nun ist, wessen Antrag angenommen wird und wessen nicht. Im Kulturausschuß

(Minister Schwier)

(A)

ist es tatsächlich so, daß man über Anträge miteinander diskutiert und versucht, Gemeinsamkeit zu erzielen. Nur, das möchte ich der Opposition sagen: Ein Antrag, der keine Mehrheit hat, auch wenn er noch so schön sein mag, gilt als nicht angenommen. Deswegen ist der Vorwurf, daß immer die Anträge der Mehrheit angenommen werden, im Grunde genommen ein undemokratischer Vorwurf.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Alternative wäre, daß in Zukunft nur die Anträge der Minderheit angenommen werden. Das fände die Mehrheit auf die Dauer auch nicht so schön und gerecht.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Das wäre die Lösung! - Weitere Zurufe)

Auch der Vorwurf, die Mehrheitsfraktion sei immer Vollzugsgehilfe der Landesregierung, stimmt absolut nicht.

(Zurufe von Minister Schleußer und der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(B)

Das, was es an Auseinandersetzungen um den Landesanteil an der Schauspielhaus GmbH gegeben hat, ist ein Beispiel; denn in dieser Schauspielhaus GmbH sind Stadt und Land hälftig beteiligt, und die Vermutung, die Stadt würde ihren Anteil stärker reduzieren als in einem zweijährigen Einsparungskonzept zwischen beiden Partnern verabredet war, ist nicht eingetreten. Insofern war die Stellungnahme der Landesregierung aus ihrer Verpflichtung als 50-%-Partner notwendig. Wie wir das Problem lösen, werden wir sehen. Sie erkennen, auch die Landesregierung erhält gelegentlich keine Mehrheit, wenn gleich das zum Glück selten vorkommt.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Frau Kollegin Schumann, lassen Sie mich ein letztes zum Arcadas-Theater sagen. Dieses Theater haben wir über viele Jahre mit Projektmitteln gefördert. Wir haben verabredet, es für drei Jahre mit einem institutionellen Zuschuß zu fördern. Sie stellen den Antrag: Warum sollen es nicht gleich 300 000 DM sein? - Das kann ich auch leicht tun, aber schwer zahlen.

(C)

Lassen Sie sich also gesagt sein, daß die Arbeit dieses Theaters vom Kultusminister immer in besonderer Weise geachtet und in Zukunft zumindest für drei Jahre auch in geregelter Weise gefördert wird. Nur einem Theater, in dessen Trägerschaft auch immer, sozusagen die Existenzgarantie zu geben, das schaffen auch Sie nicht. Das schafft nämlich keiner, in Sonderheit dann, wenn er es vom Geld nehmen muß, dessen Einnahmenseite überhaupt nicht von uns und auch nicht von der Landesregierung bestimmbar ist.

Auch zu diesem Haushalt möchte ich sagen, daß er im Verhältnis zu der Gesamtentwicklung unserer Finanzen gerecht und ein Beispiel für die gerechte Behandlung von Kulturförderung mit finanziellen Mitteln in einer Zeit ist, in der das Geld knapp geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir haben - -

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE] meldet sich zu einem Wortbeitrag.)

- Sie haben aber keine Redezeit mehr.

(D)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Doch! Sie fängt mit einem Redebeitrag an, und dann machen wir noch eine Runde! - Zuruf von der SPD: Das darf doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der SPD - Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Nur ganz kurz!)

- Bitte schön.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Sie brauchen mir nicht einmal fünf Minuten zu geben, um das zu sagen, was ich sagen will. - Herr Kultusminister, Sie haben gesagt, daß Arcadas-Theater wird gefördert. Das ist richtig. Es hat sogar mit der Regelförderung, die es bekommt, eine bessere Position, als wenn es nur Projektmittel in Höhe von 30 000 DM bekommen würde. Das ist auch richtig.

(Schumann [GRÜNE])

(A)

Wenn ich aber von 300 000 DM pro Jahr an festem Zuschuß gesprochen habe, dann nicht deswegen, weil ich das für beliebig halte und weil mir als GRÜNE immer noch eine höhere Summe einfällt als der Landesregierung. Also bitte, so nicht! Das ist genau der errechnete Bedarf, den das Theater auch in Diskussionen mit allen Fraktionen des Landtags - ich weiß, daß diskutiert wurde -, dargelegt, erläutert und belegt hat. Um nichts anderes geht es.

Ich darf Ihnen jetzt noch einmal etwas anderes vorhalten: Wenn Sie sagen, angesichts der Haushaltslage könnten Sie das nicht leisten, dann halte ich einmal dagegen: Sie finanzieren das Türkische Staatstheater aus Ankara mit einer Tournee in Deutschland, auch in NRW, im Umfang von 200 000 DM.

(Zuruf von der SPD: 6 Minuten!)

Ich finde das in Ordnung, vor allen Dingen angesichts des Programms, das damit verbunden ist. Aber dann muß ich an dieser Stelle Rechte von Schauspielerinnen und Schauspielern eines Ensembles geltend machen, das hier seit Jahren lebt und arbeitet und das hier ganz anders auftreten und in die multikulturelle Gesellschaft eingreifen kann als das etablierte Staatstheater von Ankara.

(B)

Denn es kennt hier die Mitbürgerinnen und Mitbürger; es kennt hier die Szene; es weiß um den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit; und es kann ganz gezielte Programme dagegen machen. Und da hat es sich bewährt. Deswegen spreche ich noch einmal.

200 000 DM sind also möglich, wenn man es will. Aber die Regelförderung, die natürlich perspektivisch die Arbeit eines so wichtigen Projektes, was hier zu Hause ist, absichert, die stelle ich im Zweifelsfalle dagegen und sage, daß das für mich dann wichtiger ist, wenn Sie erklären, Sie müßten sich entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kultusminister, bitte schön!

(C)

Kultusminister Schwier: Frau Kollegin Schumann! Herr Präsident! Sie vergleichen immer, wie es Ihnen paßt. Nicht das türkische Staatstheater wird von uns gefördert, sondern die Zusammenarbeit zwischen dem Theater an der Ruhr von Roberto Ciulli mit Schauspielern des türkischen Staatstheaters für Aufführungen und Inszenierungen hier und in der Türkei. Ich denke, daß es ein Stück internationaler Zusammenarbeit ist, das zu fördern, daß es insonderheit mit der Türkei seine Bedeutung hat und daß es eine einmalige, aber hoffentlich auch eine sich fortsetzende Veranstaltung ist. Natürlich können Sie das für überflüssig halten und dafür - -

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Nein!)

- Sie wollen immer beides und noch ein Drittes dazu. Und da ist das Ende der Fahnenstange erreicht; das wollte ich Ihnen nur deutlich machen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit darf ich diesen Komplex abschließen.

Wir wenden uns jetzt dem Bereich

(D)

c) Sport

zu. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Kuckart für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Kuckart (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Landauf, landab ließ die SPD in den letzten Wochen durch ihre Abgeordneten mit einer vorgefertigten Pressemitteilung verkünden: "Die Zuschüsse für Sportübungsleiter werden nicht gekürzt."

(Zustimmung bei der SPD)

- Danke für den Beifall; ich hoffe, er kommt gleich auch wieder. - Weiter stand darin: "Breitensport liegt der SPD besonders am Herzen."

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

(Kuckart [CDU])

(A)

- Danke schön. - Ein nächster Satz: "Übungsleiter haben entscheidende Funktion für Sportvereine."

(Zustimmung bei der SPD)

- Danke schön. - "Zuschüsse für Übungsleiter sind der SPD wichtiger als Prestigeobjekte."

(Beifall bei der SPD)

- Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. - Der letzte Satz hieß dann: "Entgegen dem Haushaltsplanentwurf des Landes soll nach dem Willen der SPD-Landtagsfraktion die Kürzung zurückgenommen und 1 Million zusätzlich draufgesattelt werden." - Stimmt.

(Beifall bei der SPD)

- Danke schön. - Nun hat Ihr Kollege Wolf - SPD - gestern in seiner ersten Rede gesagt: Was Quatsch ist, muß auch als Quatsch bezeichnet werden. - Ich sage: Was mieser Stil ist, muß auch als mieser Stil bezeichnet werden dürfen. Beim Kollegen Wolf haben Sie Beifall geklatscht. Ich erwarte den Beifall auch jetzt von Ihnen.

(Zurufe von der SPD: Ich glaube, ich spinne!)

(B)

Richard Winkels, Präsident des Landessportbundes, hat auf dem Sportforum der SPD in Witten wörtlich erzählt: Sie - die Parteien - sollen uns den Unterschied zwischen ihren wohlklingenden Sportprogrammen und der Realität erklären.

Was die SPD betrifft, darf ich feststellen:

Erstens: Übungsleiter! Alle Jahre wieder das gleiche miese Spiel. Die Landesregierung legt einen Entwurf vor, in dem um 2 Millionen DM gekürzt wird. Die SPD-Landtagsfraktion stellt dann wieder 2 Millionen DM zur Verfügung. Für mich ist das mieses Spiel.

Zweitens: Sie sagen "... entgegen dem Ansatz der Landesregierung ...". - Meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, Sie sprechen immer von Ihrer, der SPD-geführten Landesregierung; und die Mitglieder,

(C)

bis auf Herrn Müntefering, sitzen in der SPD-Landtagsfraktion. Es ist eine Verdummung, was Sie uns hier Jahr für Jahr vorführen.

(Beifall bei der CDU)

Die Aussage "Wir kürzen die Zuschüsse für Übungsleiter nicht." ist ebenfalls ein mieses Spiel. Ich kann es nur wiederholt vorhalten: 1982 hatten wir 45 000 Übungsleiter und 22 Millionen DM. 1994 haben wir 65 000 Übungsleiter und 21 Millionen DM. Das ist ein Drittel weniger plus Inflationsrate, also 50 % weniger, was Sie diesem Bereich der Übungsleiter, der Ihnen so am Herzen liegt, im Jahre 1994 zur Verfügung stellen.

Dann kommen Sie zu den Prestigeobjekten. Ich habe überlegt, wo denn bei den Prestigeobjekten gekürzt worden ist.

Zunächst einmal haben Sie den Gemeinden 2 Millionen DM weggenommen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz wurden 2 Millionen DM, zweckgebunden für Übungsleiter, gestrichen. Das heißt also: Für Sie sind die Gemeinden Prestigeobjekte.

1 Million DM haben Sie dann von der Olympiabewerbung weggenommen. Olympiabewerbung und Olympia also Prestigeobjekt?!

(D)

Nun hatten wir in der vergangenen Woche in Nordrhein-Westfalen den Davis-Cup, ein Prestigeobjekt.

(Minister Schwier: Dafür haben wir nichts gegeben!)

"Der Ministerpräsident hat eingeladen". Und es war schon sehr erstaunlich, daß an dieser Einladung im Hilton-Hotel bei einem Prestigeobjekt, dem Davis-Cup - da geht es nicht um die sportliche Ehre, sondern um viel Geld -

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Auch um Ehre!)

- dort ist Sport Schauspiel, Herr Ruppert, das muß uns klar sein -, zwei leibhaftige Ministerpräsidenten erschienen sind, und zwar nicht irgendwelche. Es erschien der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz,

(Kuckart [CDU])

(A)

Herr Scharping - Kanzlerkandidat der SPD. Es erschien Ministerpräsident Johannes Rau - Kandidat der SPD bei der Bundespräsidentenwahl. Es erschien Herr Minister Clement, der gerne die Nachfolge von Herrn Rau antreten würde. Der einzige, der zu Recht erschien, war Minister Schwier, denn der hat in der Sache dort etwas zu suchen.

Ich frage mich in der Tat: Wo sind bei Ihnen denn Anspruch und Wirklichkeit? Sie sagen: Die Zuschüsse für Übungsleiter sind der SPD wichtiger als Prestigeobjekte. Wo ist denn dann der Einsatz des Ministerpräsidenten, von Herrn Clement und Herrn Schwier für Übungsleiter im Jahr des Ehrenamtes?

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen: Übungsleiter sind die tragenden Säulen des Breitensports. - Was tun Sie dafür? - Nichts.

Mein Kollege Dr. Klimke hat in diesen Tagen vom bayerischen Landesportbund eine Auskunft erhalten, in der steht, daß das Land Bayern im Jahre 1994 - Bayern hat 11,7 Millionen Einwohner, wir 5 oder 6 Millionen mehr - die Vergütung für Übungsleiter von 16 Millionen DM auf 25 Millionen DM anhebt -. Auskunft des Landessportbundes Bayern, eines Landes, das doch erheblich kleiner ist als wir!

(B)

Meine Damen und Herren, wir feiern das Jahr des Ehrenamtes, und das Land Bayern handelt. Johannes Rau würde dazu sagen: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter von Unger [CDU]: Das stammt aber nicht von Johannes Rau!)

- Ich weiß, es stammt aus der Bibel. Aber er würde das sagen.

Lassen Sie mich noch einen zweiten und einen dritten Punkt anführen. Zunächst zum Thema "Sportstätten". 1982 hatten wir im Rahmen der Förderung des Breitensports etwa 250 Millionen DM für Sportstätten im Etat. 1994 sind es 80 oder 90 Millionen DM; davon müssen aber die Inflationsraten von über 12 Jahren abgezogen werden. Also Fehlanzeige!

(C)

Sie waren bisher nicht bereit, unseren Vorstellungen zu folgen, Sportstätten zu Infrastrukturmaßnahmen der Städte zu erklären und damit aus Städtebauförderungsmitteln zu finanzieren.

Der nächste Punkt ist das traurigste Kapitel, der Sportunterricht. Sportunterricht ist auch nach Aussage der Landesregierung nach wie vor Mangelfach. Der Sportunterricht an den Schulen wird nach Mitteilung der Landesregierung sehr oft fachfremd, der Sportunterricht an Berufsschulen so gut wie nicht erteilt.

(Minister Schwier: Zur Hälfte nicht!)

- Zur Hälfte nicht erteilt.

In der Anhörung des Sportausschusses zum Sportunterricht hat der Vertreter des nordrhein-westfälischen Diplomsporlehrerverbandes erklärt: Wenn jeden Tag ein Sportlehrer eingestellt würde, würden im Jahre 2010 immer noch mehr als 2 000 Sportlehrer fehlen. - Ich sage das ganz bewusst, weil ich glaube, daß hier die Verantwortung der Landesregierung in besonderer Weise gefordert ist.

Die Kinder und Jugendlichen sind in hohem Maße gesundheitlich gefährdet. Neben vielen Ausführungen der Institute für Sportwissenschaften in Nordrhein-Westfalen liegt mir auch eine Presseerklärung des Bayerischen Landtags vor, aus der hervorgeht, daß man in Bayern in einem Großtest an 11- und 12jährigen Schülern und Schülerinnen festgestellt hat: 48 % der Jungen sind nicht mehr fähig, auch nur einen einzigen Klimmzug am Reck auszuüben, 75 % der Jugendlichen verfügen nicht über eine altersgemäß ausgebildete Struktur ihrer Muskeln, 20 % schaffen nur ein bis zwei Liegestütze, 65 % haben bereits eine eingeschränkte Rumpfbeweglichkeit

(D)

(Abgeordneter von Unger [CDU]: Aber die Landesregierung macht unbeschränkt viele Klimmzüge!)

- so ist es -,

(Minister Schwier: Aber wir regieren doch gar nicht in Bayern, das ist doch die CSU, oder? - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er weiß es!)

(Kuckart [CDU])

(A)

mehr als 50 % der Kinder von sechs Jahren können nicht mehr rückwärts laufen, und mehr als 50 % können nicht mehr auf einem Bein hüpfen.

Und was macht die Landesregierung? Sie macht nichts. Hier sind sträfliche Versäumnisse anzuklagen, die unverantwortbar sind. Ich bin der Meinung, daß dringender Handlungsbedarf besteht, das in der Zukunft zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Mein Kollege Siegfried Zellnig hat zu Beginn der Etatdebatte erklärt: Es macht keinen Sinn, Anträge zu stellen, sie werden abgeschmettert. - Herr Schwier hat es vorhin noch einmal unterstrichen.

Wenn man den Vorstellungen der CDU in den letzten zehn Jahren gefolgt wäre, hätten wir eine Bezuschussung von Übungsleitern analog der in Bayern, hätten wir einen Betrag für Sportstätten, der bei 300 Millionen DM im Jahr läge, und wären wir in der Lage, das zu rechtfertigen, was Sie immer sagen: Nordrhein-Westfalen - Sportland Nummer 1. Wenn Sie heute "Nordrhein-Westfalen - Sportland Nummer 1" sagen, ist das eine unlautere Aussage, die durch nichts, aber auch gar nichts gestützt wird.

(B)

Meine Damen und Herren, weil der CDU der Breitensport und die Gesundheit der Kinder am Herzen liegen, weil die CDU diese Verantwortung sieht, kann sie diesen Landessportplan nicht mittragen. Der Landessportplan offenbart die mangelnde Einsicht der SPD in die wirklichen Probleme.

Meine Damen und Herren von der SPD, am 13. Dezember 1992 hat der Landtag mit großer Mehrheit mit folgendem Wortlaut den Sport als Staatszielbestimmung in die Verfassung aufgenommen: "Land und Städte fördern und pflegen den Sport." Darin wird der weit auseinanderklaffende Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Herder für die SPD-Fraktion das Wort.

(C)

Abgeordneter Herder (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kuckart, ich muß sagen, daß ich über den Stil Ihrer Rede sehr erstaunt und vielleicht auch sehr enttäuscht bin.

(Zuruf von der CDU: Sie war sportlich!)

- Nein, sie war nicht sportlich; das ist eben das Erschütternde für mich.

In diesem Hause - Sie brauchen nur einmal den Finanzminister dieses Landes danach zu fragen - ist immer die Sportfraktion gerühmt worden, die über alle Fraktionen hinweg zusammengehalten hat.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Und die Kohlefraktion!)

Vor diesem Hintergrund halte ich es nicht für gut, wenn man seine Rede mit der Formulierung "mieser Stil" beginnt - ich fühle mich persönlich davon getroffen; das sage ich ganz klar, Herr Kuckart - und von "Verdummung" spricht. Ich weise das mit Entschiedenheit zurück. Ich muß mich zurückhalten, daß ich Ihnen nicht entsprechend antworte. Ich bin diesen Stil im Sportausschuß nicht gewohnt. Er mag von mir aus im Schulausschuß üblich sein.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Aber jetzt nicht auf mich schimpfen!)

(D)

Ich weise diesen Stil mit Entschiedenheit zurück. Ich muß Ihnen auch ehrlich sagen, daß dieser Stil bei keinem Kollegen, egal welcher Fraktion, bisher üblich war.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, ich meine aber auch, daß es kein feiner Stil ist, Vergleiche zwischen der Üblichkeit von Bemerkungen in dem einen oder anderen Ausschuß dieses Hauses zu ziehen.

Abgeordneter Herder (SPD): Ich bitte das zu entschuldigen.

Bezogen auf den gesamten Landeshaushalt gilt meine Rede einem sehr kleinen Budget, dem Sporthaushalt.

(Herder [SPD])

(A)

Wieviel sich aber auch mit einem kleinen Budget bewegen läßt, wird gerade im Sport deutlich. Damit meine ich nicht nur Bewegung vieler Millionen oder Millionen von Gliedmaßen, Muskeln oder Gehirnzellen, sondern auch die soziale Bewegung, die im Sport steckt.

Viel zu häufig unterschätzen wir die Funktion des Sports und der Sportvereine. Manche von uns meinen, daß Sport etwas wäre, was mit Werder Bremen gegen Anderlecht oder Boris Becker zu tun hat. Sehr oft vergessen wir dabei den normalen Sportverein.

Sportvereine leisten verbindende und integrierende Arbeit auf vielen Ebenen, zwischen Generationen, zwischen Nationalitäten und zwischen den Geschlechtern. Speziell der Sport kann dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen positive Werte und soziale Orientierung zu vermitteln.

Sehr viele Kinder und Jugendliche sind über den Sport erreichbar. Mehr als 40 % von Ihnen sind Mitglied in einem Sportverein. Der von der Landesregierung in Auftrag gegebene Forschungsbericht zur Kindheit, Jugend und Sport in Nordrhein-Westfalen, der gerade abgeschlossen worden ist, zeigt deutlich, daß Investitionen in den Sport aktive Hilfe zur Kinder- und Jugendarbeit sind.

(B)

Hier nur blitzlichtartig einige der Ergebnisse: Der Sportverein ist die unangefochtene Nummer 1 der außerschulischen Jugendarbeit. Sportvereine holen Kinder und Jugendliche von der Straße. Sportvereinsjugendliche haben weniger Probleme mit sich selbst und anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden mir sicherlich darin zustimmen, daß es sich lohnt, in diese Aufgabe zu investieren. Mit dem, was wir hier im Lande an finanziellen Mitteln aufbringen können, ließe sich allerdings nicht viel bewegen, gäbe es nicht die vielen tausend engagierten Bürgerinnen und Bürger, die als Ehrenamtliche in den Vereinen und Verbänden des Sports tätig sind. Sie organisieren, trainieren, sie sammeln Geld, lösen Versicherungsfragen und - was ganz wichtig ist - arbeiten als Übungsleiter.

Im Jahr des Ehrenamtes, das durch den LSB und das Kultusministerium kreiert worden ist, hat eine Viel-

(C)

zahl von Veranstaltungen, Vorträgen, Diskussionen und Workshops zur Belebung des Themas beigetragen.

Das Ehrenamt wurde gepriesen. Ideen zum Erhalt des Ehrenamtes wurden entwickelt. Da es für die Zukunft gefährdet scheint, wurden natürlich auch Forderungen formuliert. Wir als Politiker sind aufgerufen, uns dafür einzusetzen, daß die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, nicht verlorengeht. Das heißt, daß wir die Rahmenbedingungen schaffen müssen, unter denen sich Bürgerinnen und Bürger zur Ausübung eines Ehrenamtes entschließen.

Eine dieser Rahmenbedingungen ist die Anerkennung der geleisteten Arbeit. Dies geschieht zum Beispiel durch die Zahlung eines Zuschusses für die ehrenamtlichen Übungsleiter. Der Zuschuß ist zu gering, um als Zahlung im eigentlichen Sinne aufgefaßt zu werden. Aber als Anerkennung ist er bedeutungsvoll. Wir Sozialdemokraten setzen uns hier in diesem Hause für eine Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse ein. Dabei handelt es sich um eine Erhöhung in Millionenhöhe, nicht aber - wie Sie das gesagt haben, Herr Kollege Kuckart - darum, daß die Landesregierung jedes Jahr im Landshaushalt eine Kürzung einsetzen würde, nach der wir um zwei Millionen DM erhöhen würden. Diese Aussage ist absolut falsch.

(D)

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: 1 Million DM!)

In diesem Jahr hat die Landesregierung um zwei Millionen DM reduziert, aber wir haben drei Millionen DM draufgetan. Daß Ihnen das vorne und hinten nicht paßt, weiß ich auch. Sie wollten hier den Antrag stellen, um zwei Millionen zu erhöhen. Wir haben drei Millionen DM draufgetan.

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Stimmt überhaupt nicht!)

Angesichts Ihrer querulantischen Art und Weise kann ich Ihnen nur sagen: Die Verbände sind dankbar dafür, daß die SPD das getan hat.

(Beifall bei der SPD)

(Herder [SPD])

(A)

In finanziell sicherlich sehr schwierigen Zeiten ist dies ungewöhnlich, vor allem, wenn man bedenkt, daß im Ansatz der Landesregierung eine Kürzung von 20 auf 18 Millionen DM vorgesehen war. Also noch einmal: Es ist um drei Millionen DM erhöht worden.

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Nein!)

- Lieber Michael, es ist um drei Millionen erhöht worden!

Wir sind stolz auf die Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse. Das Jahr des Ehrenamtes wollten wir nicht nur mit Festtagsreden, sondern auch mit Taten begehnen.

Unter anderem haben wir dann zusätzlich die Mittel für die Frauenförderung um 50 % auf 140 000 DM erhöht.

(Beifall der Abgeordneten Speth [SPD] und Höhn [GRÜNE])

Wir haben ebenso die Kürzung der Landesregierung im Bereich der Talentsuche und Talentförderung und die Kürzung bei der Trainerakademie zurückgenommen.

(B)

Nun dazu, daß Sie nie Anträge gestellt haben: Herr Kollege Kuckart, im vergangenen Jahr sind auf informellem Weg Wünsche herangetragen worden, daß in Warendorf noch etwas gemacht werden soll. Dieses Problem ist gemeinsam gelöst worden.

Im vergangenen Jahr haben die Kollegen der CDU Beifall geklatscht, als ich das hier von dieser Stelle aus gesagt habe. Man kann manches ohne weiteres lösen.

Nur: Wenn Sie es noch nicht einmal für nötig halten, ein Wort mit mir oder jemand anderem darüber zu wechseln, ist es natürlich Ihr Problem, daß dort nichts laufen kann. Leider kann Warendorf nicht geregelt werden, weil der Bund dafür kein Geld zur Verfügung stellt.

Daraus mache ich dem Bund keinen Vorwurf. Aber der Graf von Velen, der nicht mein Parteibuch hat,

(C)

kann sich kräftig an die Nase packen, daß dieses Objekt leider nicht gefördert worden ist.

Damit dieses Geld nicht verlorengeht, haben wir es im Sportstättenbau für Vereine zur Verfügung gestellt.

Lassen Sie mich jetzt noch etwas zu dem sagen, was Sie aus Bayern erfahren haben: Sie dürfen dabei natürlich nicht vergessen, daß die Mittel aus Spielwetten nicht direkt an den Landessportbund gehen, sondern erst in die Landeskasse von Bayern und anschließend von dort zum Landessportbund.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird dem Landessportbund allein in diesem Jahr zusätzlich rund 55 Millionen DM für die Arbeit des Sports zur Verfügung stellen.

Sie tun mir sehr leid, wenn Sie sich hier hinstellen und von Defiziten reden, Herr Kuckart. Ich betone noch einmal den Anfang meiner Rede.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Ruppert für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(D)

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landessportbundes, Richard Winkels, unser ehemaliger Kollege, hat sich vor kurzem bitter beklagt, daß die Aufnahme des Sports in die nordrhein-westfälische Landesverfassung vor einem Jahr ohne Folgen geblieben sei.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe schon damals, als die Diskussion über die Aufnahme des Sports in die Landesverfassung hier anstand, vor der Erwartung gewarnt, damit seien automatisch stark steigende finanzielle Subsidien für den Sport zu erwarten. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß gerade auch angesichts der finanziellen Situation der Kommunen der Sport sich wohl darauf konzentrieren müssen, bisherige Mittel zu behaupten.

(Ruppert [F.D.P.]

(A)

Ich kann gleichwohl die Enttäuschung von Richard Winkels verstehen. Wenn man in den Bericht des Landes zum Landessportplan 1994 hineinschaut, dann ist eins einhellig: die Kürzungen bei allen Haushaltspositionen, die den Sport betreffen. Phantasievoll und variiert sind lediglich die Formulierungen, die man an den entsprechenden Stellen findet. Da heißt es: "geringfügig abgesenkt" oder "gegenüber dem Vorjahr zurückgenommen", "gegenüber dem Vorjahr herabgesetzt", "gegenüber dem Haushaltsvorjahr zurückgenommen", "gegenüber dem Vorjahreswert herabgesetzt", "geringfügig reduziert", "Reduzierung war ebenfalls geboten". Bei den sprachlichen Varianten hat sich also jemand Mühe gegeben, hat nicht einfach nur den Sprachcomputer benutzt. Dieses Kompliment muß ich dem Ministerium schon machen.

Daß sich auch der Sport in Zeiten knapper Kassen Kürzungen und kritisches Ansehen einzelner Positionen gefallen lassen muß, das sage ich auch. Wir haben ja nicht nur Verantwortung für den Sport, wir haben Verantwortung für die Finanzen des Landes insgesamt.

Was allerdings bei allen Kürzungsvorschlägen und vorgenommenen Kürzungen besonders auffiel und aus dem Rahmen fiel, war die vorgeschlagene 10%ige Kürzung - zwei Millionen DM - der Mittel für die ehrenamtliche Übungsarbeit in den Sportvereinen. War das - so habe ich mich gefragt - die Antwort auf das Jahr des Ehrenamtes, die Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P.-Landtagsfraktion, deren Beantwortung übrigens noch aussteht? War das also die lakonische Antwort auf unsere Frage, wie man ehrenamtliche Arbeit stärken kann?

Man muß noch hinzufügen: Auch ohne diese Kürzung sind die Mittel für die Übungsleiter in Wahrheit die Jahre hindurch schon erheblich gesunken. Man muß sich nämlich die 20 Millionen DM, die es in den letzten Jahren immer gegeben hat - davor waren es einmal 19 Millionen und in den 80er Jahren auch einmal nur 18 Millionen -, daraufhin ansehen, was das für den einzelnen Übungsleiter bedeutet. Da die Zahl der Übungsleiter gestiegen ist, ist der Betrag für die einzelne Zuschußeinheit ständig gesunken. Sie lag 1985 bei 335 DM Einzelzuschuß; 1993 waren es nur noch 278 DM. Natürlich ist das Geld in dieser Zeit auch nicht wertvoller geworden, wie wir alle wissen.

(C)

Aber abgesehen von dieser Inflationsfrage: Es ist auch pro Zuschußeinheit ständig weniger geworden. Jetzt sollte also noch einmal um 10 % gekürzt werden.

Nur hat - ich zitiere wieder Richard Winkels - die SPD-Landtagsfraktion großen Eindruck damit gemacht, daß sie hier sagte: Wir haben nicht nur die 10%ige Kürzung, die Kürzung um zwei Millionen DM, zurückgenommen, wir haben noch eine Million draufgelegt. Das ist von den Sportverbänden in der Tat mit großem Beifall aufgenommen worden. Richard Winkels - ich lese das gerade in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift des Landessportbundes - hebt das als eine Großtat hervor.

Dazu muß ich nun sagen: Selbsttäuschung, lieber Kollege Uwe Herder, ist auch eine Täuschung. In der einschlägigen Haushaltsposition im Etat des Kultusministeriums ist der Ansatz gegenüber dem Entwurf um eine Million DM, von 18 Millionen DM auf 19 Millionen DM, angehoben worden. Damit bleibt immer noch ein Minus von einer Million DM. Und da sind die Sozialdemokraten auf einen - wie sie meinen - ganz tollen Trick verfallen: Wir nehmen zwei Millionen DM aus den Mitteln, die im Gemeindefinanzierungsgesetz für den Sportstättenbau vorgesehen waren - also auch für den Sport; insoweit hat ja der Sport keinen Pfennig mehr -, und setzen diese im Gemeindefinanzierungsgesetz als Mittel für Übungsleiter ein. Ja, glaubt denn jemand, diese zwei Millionen DM kämen bei den Vereinen und bei den Übungsleitern zusätzlich an? Deren Verteilung hat man ja überhaupt nicht in der Hand. Dieses Geld können Sie nur an die Gemeinden geben, damit die Gemeinden dafür Mittel für Übungsleiter, zum Beispiel über ihre Sportförderrichtlinien, einsetzen.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Rohe [SPD])

Nur: In fast allen kommunalen Sportförderrichtlinien, die ich kenne, Herr Kollege Rohe - der einschlägige Landesfachausschuß der F.D.P. hat sich damit schon einmal eingehend befaßt -, ist unter anderem vorgesehen, daß die Kommunen zu den Übungsleiterzuschüssen, die das Land gibt, immer noch etwas hinzugeben. Was werden denn die Kommunen jetzt machen? Sie werden die zwei Millionen DM des

(Ruppert [F.D.P.]

(A)

Landes vereinnahmen und deswegen ihre eigenen Zuschüsse überhaupt nicht erhöhen.

(Minister Schwier: Aber auch nicht kürzen!)

- Herr Minister Schwier, es wird keine einzige Mark mehr bei den Kommunen ankommen. Aber bei den Sportvereinen wird insgesamt eine Million DM weniger ankommen: durch die Kürzung, die die Landesregierung, korrigiert durch die SPD-Fraktion - aber es bleibt eben eine Million Kürzung - im Landeshaushalt vorgenommen hat. Das ist im Jahr des Ehrenamtes ein trauriges Ergebnis.

Ich sage noch einmal: Auch Selbsttäuschung, wenn sie denn hier bei den Kollegen der SPD im Sportaus-schluß vorliegen sollte, ist eine Form der Täuschung.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sie wollen eine ganze Milliarde sparen, global!)

Mit einem - -

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sie wollen doch sogar eine Milliarde sparen!)

(B)

- Na klar müssen wir noch mehr sparen, Herr Kollege, und eine Milliarde ist vermutlich zuwenig, aber das kann doch nicht rechtfertigen, daß man sich und andere Leute über Zusammenhänge täuscht, die es gibt.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sie bringen ja alles durcheinander!)

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Eine Bemerkung noch: Begründet worden ist diese Reduzierung der Sportstättenmittel im Gemeindefinanzierungsgesetz um 2 Millionen DM mit dem Argument, die Gemeinden würden jetzt sowieso keine Sportstätten mehr bauen, weil sie sich dies im Moment nicht leisten können. Das kann sein.

Die Sportpolitiker der F.D.P. aus Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen haben vor kurzem in Brandenburg zusammengesessen und sich vor allen Dingen mit der Situation der Sportstätten in den neuen Ländern befaßt. Sie ist ja in der Tat zum Teil traurig.

Es ist auch sehr schwierig, dort bei begrenzten Haushalten und knappen Steuereinnahmen nun Prioritäten etwa für den Sport zu setzen. Ohnehin ist der Sport in der öffentlichen Diskussion dort aufgrund der Vergangenheit in einer schwierigen Lage. Das hat diese Kollegen dazu geführt zu sagen: Was wir da brauchen, ist nicht unbedingt ein neuer goldener Plan; wir brauchen einen goldenen Schnitt. Wir brauchen eine neue Bescheidenheit bei der Errichtung von Sportstätten. Es geht auch mit etwas weniger Aufwand, als wir ihn bisher hier manchmal betrieben haben.

Ich denke, das gilt nicht nur für die neuen Länder. Auch wir selbst werden uns auch in diesem Bereich die Richtlinien einmal genau ansehen müssen, die Standards, die wir bisher hatten, ob das wirklich alles notwendig ist. Es ist mir lieber, wir haben da einen Sportplatz, der nicht ganz so perfekt ist wie das, was wir uns in den letzten zehn Jahren angewöhnt haben, aber er funktioniert, er kann genutzt werden. Auch hier bei uns bräuchten wir einen goldenen Schnitt.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Ruppert. Für die GRÜNEN-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Mai.

(D)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 13. September dieses Jahres hatte der Sportminister dieses Landes versprochen, die Sportpolitik der Landesregierung in einzelnen Bereichen zu überdenken. Anlaß dafür waren die Ergebnisse der Untersuchungen, die schon genannt worden sind, "Kindheit, Jugend und Sport in Nordrhein-Westfalen", die ja federführend von Prof. Dr. Kurz erarbeitet wurden. Mit der Studie wird der Wert, den Sport und Spiel in einer Gemeinschaft, in einem Team für die Jugendlichen gerade in der heutigen Zeit haben, in der die menschlichen Beziehungen flüchtiger und unpersönlicher werden, wie es der Minister ja auch zutreffend beschrieben hat, verdeutlicht. Es werden aber auch die Defizite und Handlungsnotwendigkeiten sowie die Grenzen des Vereins

(Mai [GRÜNE])

(A)

sports deutlich. Viele Vereine bieten Jugendlichen kein attraktives, zeitgemäßes Angebot mehr.

Nicht nur andere Methoden und Organisationsformen, sondern auch andere Inhalte und Sportarten werden von den Jugendlichen gewünscht. Während draußen Streetbasketball oder Skateboardfahren boomen, bieten und verordnen Lehrer und Übungsleiter in den Turnhallen oft immer noch Reckturnen und Schwebelbalken. Die Defizite im nordrhein-westfälischen Schulsport wurden ja auch in der Anhörung hier im Landtag mehr als deutlich. Nicht nur das Sportartenangebot, auch das Sportlehrerkollegium ist total überaltert, so die Experten einheitlich in dieser Runde, weil keine oder fast keine jungen Kolleginnen und Kollegen mehr dazukommen.

Ich habe aber den Eindruck, daß all die Anhörungen und Studien zu den Chancen für Mädchen und Frauen im Sport, zur Situation des Schulsports oder wie jetzt zur Situation der Jugend in den Vereinen eigentlich folgenlos für die NRW-Sportpolitik bleiben werden.

Ebenso folgenlos - Kollege Ruppert hat ja schon darauf hingewiesen - ist ja auch die Aufnahme des Sports in die Landesverfassung geblieben, die von Ihnen allen ja so sehr gefeiert wurde. Ich frage: Wäre eine Konzentration und die Schwerpunktsetzung auf die Schaffung von wohnortnahen Spiel- und Sportgelegenheiten als Verfassungsauftrag, wie wir es auch vorgeschlagen haben, nicht sinnvoller gewesen, als pauschal dem Sport Verfassungsrang einzuräumen? Ich meine eben, ja, denn staatliche Aufgabe ist doch vor allem, die Rahmenbedingungen, die für Bewegung, für Spiel und Sport in unserer Gesellschaft heute notwendig sind, zu schaffen, und das ist in erster Linie das Schaffen von Räumen und Plätzen, wo unsere Kinder, die Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen Gelegenheit zum Sporttreiben haben. Diese Gelegenheiten sollen im näheren Wohnumfeld zu finden sein. Hier gibt es einen ungeheuren Bedarf. Hier ist es angesichts der Berichte auch in unserer Expertenanhörung notwendig, Schwerpunkte zu setzen.

Aber es gibt kein Programm des Sportministers, das solche Spiel- und Sportgelegenheiten fördert. Das taucht höchstens in Programmen der Wohnumfeldver-

besserung im Zusammenhang mit der Städtebauförderung auf,

(Minister Schwier: Ja, da gehört es ja auch hin!)

die aber zum großen Teil nun auch zusammengestrichen worden ist.

Warum reden wir eigentlich nur über dieses Ziel gemeinsam, konzentrieren die Sportfördermittel aber ganz anders, als in diesem Haushaltsplan vorgesehen, zum Beispiel in der Förderung des Reiterleistungszentrums, woraus ja jetzt doch nichts geworden ist, oder aber in Richtung eines Sportmuseums in Köln? Würden wir unsere Bürger und Bürgerinnen oder die Jugendlichen fragen, wohin die Millionen gehen sollten - in ein Museum für die Sportgrößen der Vergangenheit oder etwa in Basketballkörbe und Plätze um die Ecke -, ich bin mir sicher, wie das Ergebnis ausfallen würde.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, gerade in Zeiten enger werdender Finanzspielräume sollten wir Schwerpunkte setzen. Die Anhörungen und Studien zeigen uns doch, worauf wir uns konzentrieren müssen.

Ich kann nur hoffen, daß aus der Ankündigung der SPD-Fraktion, sie wolle nun nicht mehr wie in der Vergangenheit Prestigeobjekte der Landesregierung fördern, sondern den Breitensport ausbauen, auch weitere Taten erwachsen. Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt hier leider noch wenige Signale. Als Signal bleibt stehen, daß in den nordrhein-westfälischen Kommunen viele Bäder zugemacht, Hallen früher geschlossen und den Vereinen Finanzmittel für Sportgeräte gestrichen werden, die SPD aber mit Millionenbeträgen immer noch die fixe Idee einer Olympiade im Ruhrgebiet stützt, die - wenn überhaupt - erst in fünfzehn Jahren für Deutschland ein Thema sein wird und dann aller Erfahrung nach weitere staatliche Milliardenbeträge verschlingen wird.

Wir sollten uns lieber einmal darüber Gedanken machen, vielleicht auch im Sportausschuß, warum Deutschland im Rennen um den Olympiazuschlag so weit abgeschlagen war.

(C)

(D)

(Mai [GRÜNE])

(A)

Also zusammenfassend: Der Haushalt setzt noch immer nicht die richtigen Signale, die in der heutigen Situation notwendig wären. Deshalb werden wir dem so auch nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Mai. - Für die Landesregierung spricht Herr Kultusminister Schwier.

Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuckart, Nordrhein-Westfalen nennt sich nicht "Sportland Nummer 1", sondern schlicht "Sportland Nordrhein-Westfalen". Wir sind nämlich dagegen, daß nur der erste Platz zählt, obwohl, wenn Sie ihn uns zubilligen, wir nichts dagegen haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Jahr des Ehrenamts! Das ist das Jahr 1993. Da haben Sie gefragt: Was hat nun eigentlich die Landesregierung, was hat der Landeshaushalt in dem Zusammenhang mit der berühmten, für mich auch sehr wichtigen, Übungsleiterpauschale getan? Ich will es Ihnen sagen: Die 20 Millionen DM in 1993 sind ungeschmälert verblieben trotz einer globalen Minderausgabe von 1 Milliarde DM, die wir erwirtschaften mußten, trotz einer Haushaltssperre. Und lassen Sie sich das einmal sagen: In Zeiten wie heute ist es realistisch, das als prioritär anzusehen, was seinen Bestand behält. Wer darüber hinaus immer Neues fordert, der tut doch nur so, als wenn er es könnte. Also, es ist dies schon ein Unterstreichen der Bedeutung des Ehrenamts.

(B)

Und meinen Sie denn, für einen Kultusminister, für den Sportminister, wäre das so einfach gewesen, eine 10%ige Kürzung - eine nur 10%ige Kürzung, nämlich von 20 Millionen auf 18 Millionen DM - im Entwurf der Landesregierung zu erreichen, wo wir an anderen Stellen bei sogenannten freiwilligen Leistungen 20, 30 % kürzen mußten, und trotzdem hier natürlich bei der Einbringung des Haushalts und bei jeder grundsätzlichen Debatte den Vorwurf zu bekommen, wir

hätten viel zuwenig gekürzt und viel zuviel Schulden gemacht - auch im Haushalt 1994!

(C)

Übrigens, wenn jemand fragt, "Was hat denn die Aufnahme des Sports in die Verfassung an dieser Stelle für eine Bedeutung?", kann ich nur darauf hinweisen, daß alle, die etwas davon verstanden, schon damals gesagt haben, das ist nicht eine Änderung unserer Verfassung, die man dann schlicht bei den Haushaltsberatungen in Steigerungsraten oder was weiß ich abholen kann. Wohl aber ist es eine Sicherung davor, daß irgend jemand auf den Gedanken kommt, die Förderung des Sports (sogenannte freiwillige Leistung) - nicht durch ein Gesetz in Mark und Pfennig oder Prozenta geregelt - könne man auch schlicht fallenlassen. Da ist die Verfassung davor.

Es ist gerügt worden - ja, ich weiß nicht genau, ob sportliche Großveranstaltungen im Lande überhaupt nicht mehr stattfinden sollen.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Doch!)

Jedenfalls ist die Frage dieser spektakulären Ereignisse von mehreren Rednern angesprochen worden. Wir haben - das habe ich mehrfach erklärt - mit der ursprünglich einmal 5 Millionen DM betragenden Haushaltsposition, die das Ruhrgebiet bei der Einwerbung der Olympischen Spiele unterstützen sollte, immer sehr viel mehr für sportliche Großereignisse in Nordrhein-Westfalen getan. Diese Summe ist im Haushalt 1994 auf 1 Million DM zusammengeschmolzen. Damit kann man nicht mehr sehr viele sportliche Großveranstaltungen von Sportarten, die sich nicht selber finanzieren - und das sind die typischen Fernsehsportarten, nicht die Breitensportarten, die ihr Geld selber einbringen -, nicht schrecklich viel machen, aber man kann schon das eine oder andere tun.

(D)

Um so fröhlicher sollten wir sein, wenn ein sportliches Großereignis wie der Davis-Cup nach Düsseldorf, also nach Nordrhein-Westfalen kommt und nicht mit einer müden Mark aus dem Landeshaushalt gefördert worden ist. Daß, wenn so viele Gäste hier sind, der Ministerpräsident einen Empfang gibt, finde ich auch nicht in irgendeiner Weise als begründungsnotwendig; denn, sehen Sie, das gehört nun einmal auch dazu, daß ein Land sich präsentiert. Ich kann nur feststellen: Der erste Empfang, am Abend vorher

(Minister Schwier)

(A)

- ich mußte zweimal dienstlich hin -, war nicht so glanzvoll, obwohl er von einer Firma gegeben wurde, die wahrscheinlich mehr Geld locker hatte, wie der zweite, den dann der Ministerpräsident gegeben hat.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Wir haben aber auch gewonnen!)

- Am ersten Abend war auch schon gewonnen worden.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Nein!)

Dann lassen Sie mich noch etwas zum Schulsport sagen. Wer immer den Schulsport kritisiert und ihm gleichzeitig zutraut, er könne alle Fehler, die man in Kindheit und Jugend, als Vater, Mutter oder sonstwie mit Kindern beschäftigter Mensch anstellt, anschließend reparieren, der irrt sich ganz gewaltig. Ich stelle noch einmal fest: Sport ist in jeder Kombination für Lehrerinnen und Lehrer einstellungsrelevant. Das ist in 1993 so gewesen, in 1994 wird es wieder so sein.

Nordrhein-Westfalen ist als erstes Land mit einem Konzept zur Gesundheitserziehung im Schulsport herausgekommen. Wenn Kollege Kuckart hier negative Beispiele aus Bayern vorstellt, dann schiebe ich das ja auch nicht der dortigen CSU-Regierung zu; das wäre ja lächerlich. Dann bitte ich aber, auch die Umkehrung nicht vorzunehmen.

(B)

Lassen Sie mich abschließend folgendes feststellen: Es ist sicher die traditionelle Rolle einer Opposition, in den Haushaltsberatungen - egal, in welchem Einzelhaushalt - mehr zu fordern. Aber ich denke, irgendwann sollten wir uns die ganz einfache Lesart dieser üblichen Verfahrensweise denn doch schenken; sie paßt beim besten Willen nicht mehr in die Zeit.

Ich bin ja gern bereit zu akzeptieren, daß der Spielplatz im Wohnumfeld, sozusagen um die Ecke, eine ganz wichtige Sache ist. Aber dann müssen wir doch zumindest auch erkennen, daß die Akzeptanz dieser Spielmöglichkeit - so will ich sie noch neutraler nennen - um die Ecke nicht nur und nicht in erster Linie eine Frage des Geldes ist, sondern eine Frage der Akzeptanz durch die Menschen, die dort wohnen, die ja bekanntlich den Spielplatz ganz nah dabei haben möchten, aber möglichst nur für lautlose Kinder. Also

(C)

eine Entwicklung, für die wir etwas tun können und müssen durch Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen! Und da wissen Sie, da braucht sich das Land Nordrhein-Westfalen in seinen Bemühungen wahrlich nicht zu verstecken.

Trotzdem möchte ich sagen: Auch im Sportausschuß wird im allgemeinen fair gespielt. Sie können diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kultusminister Schwier. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen zwei Änderungsanträge vor. Zunächst kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6449, Anlage 1, Kapitel 05 300 Titel 422 10 - Bedarfsgerechte Zuweisung von zusätzlichen Lehrerstellen.

Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN? - Die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

(D)

Zum zweiten Teil des Änderungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6449, Anlage 2, zu Kapitel 05 830 - Zuschüsse für das ARKADAS-Theater in Köln! Wer ist für den Antrag? Die Fraktion DIE GRÜNEN. - Wer ist dagegen? Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 05 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6405. Wer stimmt der Beschlußempfehlung zu? - Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Einzelplan 05 ist damit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN mit den Stimmen der SPD-Fraktion in zweiter Lesung angenommen. Vielen Dank.